



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
DIE GRÜNE POLITISCHE STIFTUNG



**Entwicklungspolitische Diskussionstage 2009
Geld für Klima und Entwicklung
Wie viele Töpfe brauchen wir?**

Dokumentation der Veranstaltung vom 31. März 2009

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Landwirtschaftlich Gärtnerische Fakultät

Schriftenreihe des Seminars für Ländliche Entwicklung



Entwicklungspolitische Diskussionstage 2009

Geld für Klima und Entwicklung

Wie viele Töpfe brauchen wir?

Klimafinanzierung auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung e.V.)

Sven Harmeling (Germanwatch)

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Dr. Ulf Moslener (KfW Entwicklungsbank)

Neue Herausforderungen in der Klimafinanzierung

Jürgen Maier (Forum Umwelt & Entwicklung)

Tobias Riedl (Greenpeace Deutschland)

Tilman Santarius (Wuppertal Institut)

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle)

Anmerkung: Die Argumentationen der einzelnen Podiumsgäste spiegeln nicht notwendigerweise die Position der jeweiligen Institution wider, sondern auch persönliche Meinungen.

Veranstalter

Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE), Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Organisation

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 47. Jahrgangs des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE): Eva Diehl, Andrea Düchting, Anna Heinrich, Janek Hermann-Friede, Christiane Hornikel, Christian C. Keil, Fabian Kienle, Christian Rupschus, Jana Schindler, Corinna Wallrapp

Redaktion

Anna Heinrich, Jana Schindler

Schriftenreihe des SLE (Seminar für Ländliche Entwicklung)

Herausgeber/ Editors	SLE – Seminar für Ländliche Entwicklung Humboldt-Universität zu Berlin, Hessische Str. 1-2 10099 Berlin Tel.: +49-(0)30-2093 6900 Fax: +49-(0)30-2093 6904 E-Mail: sle@agrار.hu-berlin.de Internet: www.berlinerseminar.de
Redaktion/ Managing Editor	Seminar für Ländliche Entwicklung
Vertrieb/ Distributors	SLE – Seminar für Ländliche Entwicklung E-Mail: sabine.doerr@agrار.hu-berlin.de
Copyright 2009 by	SLE – Seminar für Ländliche Entwicklung

Vorwort

Die seit 2002 jährlich stattfindenden Entwicklungspolitischen Diskussionstage, gemeinsam veranstaltet vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) und der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), haben sich im Berliner Raum und darüber hinaus zu einem festen Bestandteil des fachöffentlichen Meinungsaustauschs über Entwicklungszusammenarbeit etabliert.

Auch in diesem Jahr diskutierten am 30. und 31. März Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu aktuellen Themen der Entwicklungspolitik:

Neue Geber, neue Ansätze – auf dem Weg zu einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit?

Die folgenden Fragestellungen wurden diskutiert:

Wie sind die Fortschritte in der Umsetzung der Erklärung von Paris und die Ergebnisse des High Level Forum in Accra zu bewerten?

Was sind die jüngeren Tendenzen in der Rolle und Bedeutung von sogenannten „Neuen Gebern“ bzw. (re-)emerging donors, besonders auch von philanthropischen Stiftungen, in der Entwicklungszusammenarbeit?

Welche Kooperations- und Koordinationsmechanismen zwischen traditionellen und neuen Gebern gibt und bräuchte es?

Geld für Klima und Entwicklung – Wie viele Töpfe brauchen wir?

Die folgenden Fragestellungen wurden diskutiert:

Inwieweit erfolgt Klimafinanzierung zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit?

Inwieweit kann oder soll Klimafinanzierung in Entwicklungsstrategien integriert werden?

Welche Vor- und Nachteile haben bestehende Mechanismen der Klimafinanzierung?

Inwiefern tragen sie zur Erreichung von Klima- und Entwicklungszielen bei?

Was muss im Vorfeld des UN-Klimagipfels 2009 in Kopenhagen erreicht werden, um ein Klimaabkommen für die Zeit nach Kyoto zu implementieren?

Die Entwicklungspolitischen Diskussionstage sind Bestandteil des Programms des SLE, das Nachwuchskräfte für die Internationale Zusammenarbeit ausbildet. Die HBS beriet zum Thema Klimafinanzierung und stellte die Räumlichkeiten und finanzielle Mittel zur Verfügung.

Die vorliegende Dokumentation hält die Diskussionen der beiden Tage fest und beinhaltet zu jedem Thema die Beiträge der Referentinnen und Referenten. Darüber hinaus sind die wichtigsten Stränge und Kontroversen der Podiums- und Publikumsdiskussionen zusammengefasst. Wir hoffen, dass wir die vielen interessanten Anstöße und Anregungen der zwei Veranstaltungstage somit an eine breite Fachöffentlichkeit weitergeben können.

An dieser Stelle sei noch einmal allen gedankt, die zum Gelingen der Entwicklungspolitischen Diskussionstage 2009 beigetragen haben.

Carola Jacobi-Sambou (SLE)

Steffen Heizmann (HBS)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
1. Klimafinanzierung auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit?	9
1.1. Inhaltliche Einführung.....	9
1.2. Diskussion.....	11
1.2.1. Input der Podiumsgäste.....	11
1.2.2. Podiumsdiskussion.....	15
1.2.3. Publikumsdiskussion	18
2. Neue Wege in der Klimafinanzierung.....	23
2.1. Der Clean Development Mechanism (CDM).....	23
2.1.1. Inhaltliche Einführung – Herausforderungen in der Klimafinanzierung.....	23
2.1.2. Input der Podiumsgäste.....	25
2.1.3. Podiumsdiskussion Teil I.....	28
2.2. REDD – Die Einbeziehung des Waldschutzes in den internationalen Klimaschutz ...	28
2.2.1. Inhaltliche Einführung.....	28
2.2.2. Input der Podiumsgäste.....	30
2.2.3. Podiumsdiskussion Teil II	31
2.3. Publikumsdiskussion	35
Glossar.....	39
Kurzbiografien der Referenten.....	41

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Assigned Amount Unit
Annex-1-countries	Länder, die nach dem Kyoto-Protokoll Reduktionsverpflichtungen unterliegen (IL, außer USA)
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CBD	Convention on Biological Diversity
CDM	Clean Development Mechanism
CER	Certified Emission Reduction
DEHSt	Deutsche Emissionshandelsstelle
DOE	Designated Operational Entity
EL	Entwicklungsländer
ERU	Emission Reduction Unit
EU	Europäische Union
EUA	European Union Allowances
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FCPF	Forest Carbon Partnership Facility
FKW	Fluorkohlenwasserstoffe
GEF	Global Environment Facility
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IL	Industrieländer
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
JI	Joint Implementation
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Country
LULUCF	Land Use, Land Use Change and Forestry
MDG	Millennium Development Goal
NAPA	National Adaptation Programme of Action
NGO	Non-Governmental Organisation
Non-Annex-1-countries	Länder, die nach dem Kyoto-Protokoll keinen Reduktionsverpflichtungen unterliegen (EL)
NTFP	Non-Timber Forest Product

ODA	Official Development Assistance
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation
SL	Schwellenländer
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

1. Klimafinanzierung auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit?

1.1. Inhaltliche Einführung

Anna Heinrich, Christian C. Keil, Fabian Kienle, Jana Schindler

Der Regen hält noch immer an!
So klagt der arme Bauersmann;
Doch eher stimm' ich nicht mit ein,
Es regne denn in meinen Wein.

Dies ist ein Trinkspruch von Lessing, geschrieben um Mitte 1700. Dieser lässt sich gut auf heute ummünzen: Während sich in vielen Regionen der Welt Wetterextreme ereignen, sitzen wir noch, in Anbetracht der Ausmaße, verhältnismäßig ruhig und wägen uns „im Trocknen“.

Jährlich sind 260 Mio. Menschen besonders von Klimakatastrophen betroffen. Fast alle von ihnen leben in Entwicklungsländern (EL). Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden besonders unter den gravierenden Folgen.

Diese Folgen unterteilen die Vereinten Nationen in fünf Problemfelder:

- Es treten sinkende Ernteerträge durch extreme Niederschläge einerseits und andererseits häufigere Dürren auf.
- Durch den globalen Temperaturanstieg werden Dürren häufiger hervorgerufen und die Wasserversorgung ist bedroht. Bei einer globalen durchschnittlichen Temperaturerhöhung von nur 2°C, stehen beispielsweise im südlichen Afrika 20-30% weniger Wasser zur Verfügung. Gleichzeitig hat das Abschmelzen der Gletscher in vielen Regionen der Welt verheerende Folgen für die Wasserversorgung. Mehr als ein Sechstel der Weltbevölkerung lebt in betroffenen Gebieten.
- Als dritter Punkt werden der steigende Meeresspiegel und zunehmende Naturkatastrophen genannt. Extremwetterereignisse wie Zyklone oder Überflutungen treten deutlich häufiger auf.
- Des Weiteren ist die Gefährdung der Ökosysteme genannt. Weltweit ist schon heute etwa die Hälfte der Korallenriffe durch die Auswirkungen des Klimawandels geschädigt. Dies hat schwere Folgen für den Fischbestand und damit für die Ernährungssicherung von Millionen von Menschen.
- Und fünftens ist die Ausbreitung von Krankheiten wie z.B. Malaria und Dengue-Fieber anzuführen. Diese werden sich in Gebieten ausbreiten, die bisher als zu kalt für sie galten. Bis zu 400 Mio. Menschen werden zusätzlich der Malaria ausgesetzt sein.

Angesichts dieser Lage haben mittlerweile fast alle Industrieländer (IL) den Handlungsbedarf erkannt: Die globale Erwärmung soll auf 2°C beschränkt werden. Dafür müssen die Emissionen von Treibhausgasen bis 2050 um 80% gesenkt werden. Aber damit ist es nicht getan. Die Länder des Südens weisen eine weit höhere Verwundbarkeit auf. Die Verwundbarkeit eines Landes gegenüber Naturgefahren kann beschrieben werden als die Schere aus Bedrohung von außen und internen Bewältigungsmechanismen. Hierbei wird deutlich, wie der

Klimawandel erneut die Gegensätze zwischen Norden und Süden verschärft. Die Industrienationen stehen vor vergleichsweise geringen Klimafolgen, für die sie gut gewappnet sind. In den EL ist dies genau umgekehrt: Einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Naturgefahren stehen nur geringe Kapazitäten gegenüber – das Risiko einer Naturkatastrophe steigt.

Dies birgt Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Nach Schätzung der OECD sind etwa zwei Drittel der Entwicklungszusammenarbeits-Projekte (EZ-Projekte) vom Klimawandel negativ beeinflusst. Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sieht daher eine Schlüsselaufgabe in der Integration des Klimaschutzes in alle relevanten Bereiche der Internationalen EZ. Damit ist Klimaschutz nicht ein eigener Sektor innerhalb der EZ, sondern eine Querschnittsaufgabe. Diese Aufgabe beinhaltet einerseits *Mitigation*, also die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, wodurch die Bedrohung durch Naturgefahren verringert werden soll. Auf der anderen Seite geht es um die Stärkung der Bewältigungskapazitäten: eine Anpassung. Dies wird auch als *Adaptation* bezeichnet. Mit der Integration des Klimaschutzes potenzieren sich die Herausforderungen und Ansprüche an die Wirksamkeit der armutsorientierten Internationalen EZ.

Derzeit weitgehend ungeklärt bleibt hingegen die Frage, wie das gewachsene Aufgabenfeld ausreichend finanziert werden soll. Die zusätzlichen Ausgaben für den Klimaschutz werden großteils über die Entwicklungshilfe der IL, die ODA-Quote, abgerechnet. Dadurch werden die beiden Ziele Armutsreduzierung und Klimaschutz in einen Finanztopf geworfen. Dieser ist bislang nicht einmal ausreichend gefüllt, um die globale Armutsreduzierung zu erreichen.

Aber noch einmal kurz zurück zur ODA-Quote. ODA steht für öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Sie umfasst Zahlungen, die von einer Regierung an EL und multilaterale Entwicklungsinstitutionen gehen. Im Jahr 2008 betrug die ODA Deutschlands insgesamt 13,9 Mrd. US\$. Davon macht der Schuldenerlass etwa ein Viertel aus, wobei dieser Anteil rückläufig ist. Auch Studienplatzkosten für Studenten aus EL in Deutschland werden z.B. in die ODA eingerechnet.¹ Zur Bekämpfung der Armut soll die ODA-Quote der IL bis 2015 0,7% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Deutschland hat derzeit eine Quote von 0,38%. Aus den jüngsten Berechnungen der OECD geht hervor, dass die weltweite ODA nach einem Rückgang im Jahr 2007 im vergangenen Jahr um zehn Prozent auf 119,8 Mrd. US\$ angestiegen ist. Um für die enorme Herausforderung des Klimaschutzes zusätzlich Gelder zur Verfügung zu stellen, wurden neue Finanzierungsinstrumente geschaffen: die so genannten Klimafonds. Diese neuen Klimafonds schießen wie Pilze aus dem Boden. In den vergangenen zwei Jahren wurden bereits 18 neue Klimafonds eingeführt. Sie unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer Vergabep Praxis und der Einzahlungsmodalitäten. So existieren Fonds sowohl auf multi- als auch auf bilateraler Ebene.

Die meisten bestehen aus freiwilligen Einzahlungen, so ist es z.B. beim *Least Developed Country Fund* der Fall. Beim *Adaptation Fund* ist die Einzahlung hingegen verpflichtend. Das Volumen der bisherigen Fonds soll sich bis 2012 auf etwa 20 Mrd. US\$ belaufen. Die jährlichen Anpassungskosten der EL an den Klimawandel beziffert die Weltbank hingegen auf 50 Mrd. US\$. Das wäre also ein Bedarf von 250 Mrd. US\$ bis 2012. Wie die Zahlen zeigen, ist eine angemessene Finanzierung der bestehenden Herausforderungen nicht gewährleistet.

¹ Die anrechenbaren Studienplatzkosten betragen jedoch nur 0,2% der gesamten ODA.

Zudem scheint ein Flickenteppich der Finanzierungsmechanismen zu entstehen. Dieser zeichnet sich durch mangelnde Transparenz und Kooperation aus. Es ist noch weitgehend unklar, woher die Mittel im Einzelnen kommen sollen. Die seitens der IL zur Verfügung gestellten Gelder stammen zu einem Großteil aus den Budgets der Entwicklungsministerien. Das ist möglich, da die Einzahlung in einige der Klimafonds auf die ODA-Quote anrechenbar ist. Diese Anrechenbarkeit steht nicht nur der Forderung des Südens nach Kompensationszahlungen für die historische „Klimaschuld“ des Nordens entgegen. Außerdem entsteht die Befürchtung, dass die ohnehin knappen Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit für die neuen klimapolitischen Herausforderungen einfach umgewidmet werden und so letztlich weniger Geld für die Bekämpfung der Armut und die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele bleibt. Damit steht die Frage im Raum, ob die aktuelle Klimafinanzierung auf Kosten der EZ geht.

1.2. Diskussion

Im Rahmen der diesjährigen internationalen Klimaverhandlungen soll bis Ende des Jahres 2009 in Kopenhagen ein Post-Kyoto-Abkommen beschlossen werden.

Über die letzten Jahre sind eine Vielzahl von Klimafinanzierungsmechanismen und Fonds entstanden, um die Umsetzung von Klimaschutzziele zu unterstützen. Einerseits sollen Treibhausgasemissionen reduziert werden (*Mitigation*), andererseits soll eine Anpassung an den Klimawandel ebenfalls in EL ermöglicht werden (*Adaptation*). Grundprinzip beim Internationalen Klimaschutz ist, dass er aufbauend auf dem Verursacherprinzip zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit stattfinden soll. Die Kosten für den Internationalen Klimaschutz liegen schätzungsweise im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich. Derzeit können Investitionen in den Klimaschutz der ODA angerechnet werden. Gleichzeitig ist eine klare Abgrenzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit kaum möglich.

Im Folgenden sollen nun die drei Kernfragen diskutiert werden:

1. Wie können wir sicherstellen, dass Klimafinanzierung nicht zu Lasten der EZ geht?
2. Wie kann die Klimafinanzierung effektiver gewährleistet werden?
3. Brauchen wir neue Klimafonds oder sind die bisher bestehenden ausreichend?

1.2.1. Input der Podiumsgäste

Dr. Ulf Moslener (KfW Entwicklungsbank): Klimaproblem als Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem

Das Klimaproblem ist ein starkes Verteilungs- und damit Gerechtigkeitsproblem. Die Industriestaaten stehen in der Pflicht, mehr zu tun. Es müssen mehr Mittel bereitgestellt werden, um Entwicklung zu fördern und Klimaschutz zu betreiben. Dabei treten nicht nur Verteilungs- sondern auch Effizienzprobleme auf. Die Industriestaaten stehen zwar in der Schuld, aber wir sollten auch eine Kooperation unter EL einfordern. Hierfür müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Allerdings ist dies kein Grund dafür, dass die Geldmittel für den Klimaschutz und ein anderer Teil für die Entwicklungszusammenarbeit getrennt werden. Viele Projekte können gar nicht nach ihrem Entwicklungs- und Klimaschutzanteil differenziert werden. Eine monetäre Ausdifferenzierung ist daher kaum möglich. Weiterhin gibt es konzeptionelle Schwierigkeiten, denn das Ziel ist eine integrierte Betrachtung der Entwicklungszusammen-

arbeit mit dem Klimaschutz. In jedem Projekt muss auch die Klima-Komponente bedacht werden. Der luxemburgische Entwicklungshilfeminister sagte kürzlich: „Staaten, die sehr nahe an der 0,7% ODA-Quote sind, sollten die Erlaubnis haben, die Gelder jeweils auf Klima- und Entwicklungsfinanzierung anzurechnen“. Das Ganze darf jedoch keine Entschuldigung dafür sein, sich weniger zu engagieren. Es müssen hingegen Anreize geschaffen werden, damit eine Integration von Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit nicht verhindert wird.

Des Weiteren stellt sich die Frage, wer sich mit wie viel Geld an der Finanzierung beteiligt und wie das Geld eingesammelt werden soll. Doch es wird zu selten darüber diskutiert, wie das Geld sinnvoll verteilt und ausgegeben werden kann. Viel Geld sinnvoll einzusetzen, ist immer eine Schwierigkeit.

Es zeichnen sich drei Alternativen der Finanzarchitektur ab:

Erstens: So wie es die Europäische Kommission u.a. für möglich hält, könnte es einen multilateralen Topf geben, der einem Treuhänder untersteht, bspw. der Weltbank. Hier können sich bilaterale und multilaterale Akteure bewerben, um Gelder für Klimaschutzprojekte einzuwerben.

Zweitens: Ein weiterer zentraler Ansatz ist der G77 Vorschlag. Dieser sieht vor, eine Klimabank zu gründen, in der alles Geld gesammelt wird. Die Klimabank soll versuchen aus den Mitteln Klimaschutzprojekte zu finanzieren.

Drittens: Einen dezentralen Ansatz gibt es bereits. Die dezentrale Struktur kann z.B. durch die *United Nations Framework Convention on Climate Change* (UNFCCC) geführt werden. Hier soll festgehalten werden, wie sich die Länder im Bereich Klimaschutz engagieren und wie viel Geld eingezahlt wird. UNFCCC muss hierbei die nötige Transparenz gewährleisten und ein regelmäßiges *Monitoring* durchführen. Wir könnten eine solche Institution auf der Ebene der UNFCCC ein „Climate Clearing House“ bezeichnen. Die UNFCCC bleibt damit weiter eine moralische Instanz und bringt Klarheit in den Dschungel der Beiträge und Finanzflüsse, hat aber weniger Budgetverantwortung. Diese dezentrale Struktur hat die Vorteile, dass sie bestehendes „Know-how“ nutzt. Denn es gibt bereits etablierte Kanäle und Kooperationen, Arbeitsmechanismen mit Partnerländern. Diese Struktur ist praktisch sofort handlungsfähig, denn sie besteht bereits.

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung): Fonds, Fülle, Strategielosigkeit und Geschlechtergerechtigkeit

Die Klimafinanzierung darf keinesfalls auf Kosten der EZ gehen, denn Entwicklung ist ohne den Schutz des Klimas nicht möglich. Allerdings kann ein Großteil der Emissionen nur gesenkt werden, wenn auch die EL ihren Beitrag leisten. Wenn allein die IL ihre Emissionen auf Null reduzieren, kann das 2°C-Ziel nicht erreicht werden. Daher darf nicht nur *Adaptation* im Vordergrund stehen, sondern es muss auch ein Fokus auf *Mitigation* in den EL liegen.

Es gibt bereits eine Vielzahl von Klimafonds. Diejenigen, die diese Fonds ins Leben gerufen haben, könnten sich auf Prinzipien berufen, auf die sie sich in der Klimarahmenkonvention oder im *Bali-Action-Plan* verpflichtet haben, wie z.B. eine adäquate, nachhaltige, vorhersehbare und zusätzliche Finanzierung. Des Weiteren ist das *Polluter-Pays-Prinzip* zu nennen. Bei der Klimafinanzierung geht es um Kompensation und nicht um Hilfe. Auch das im Rahmen der Klimarahmenkonvention betonte Prinzip: „Common but differentiated responsibilities

and respective capabilities“ muss für den Bereich der Klimafinanzierung gelten. Diese Prinzipien sind bisher nur unzureichend umgesetzt worden, wobei andere Kriterien noch gar keine Berücksichtigung finden, wie z.B. Geschlechtergerechtigkeit. Stattdessen werden verschiedenste Klimafonds kreiert. In vielen Fällen werden Kredite vergeben, die zurückgezahlt werden müssen. Dies entspricht nicht dem Prinzip der Kompensation. Die Zusätzlichkeit zur ODA ist nicht klar definiert und die Governance-Strukturen der Fonds sind wenig demokratisch. Die EL, die das Geld bekommen, haben bei der Gestaltung der Klimafonds kein Mitspracherecht.

Wie erreichen wir nun mehr Kohärenz und Gerechtigkeit? Realistisch ist wohl eher eine Vielzahl von Finanzquellen, mit denen die notwendige Geldsumme mobilisiert werden kann. Wünschenswert wäre aber ein zentraler Klimafonds, was vor allem auch die Entwicklungs- und Schwellenländer (SL) fordern. Die Weltbank und die *Global Environment Facility* (GEF) sollten nicht in der Führungsrolle bleiben, denn diese arbeiten bisher relativ ineffizient. Sinnvoll wäre es, wenn verschiedenste Quellen der Finanzierung durch einen zentralen Klimafinanzierungsmechanismus koordiniert werden. Hierbei müssten sich die einzahlenden Staaten auf konkrete finanzielle Beiträge mit einer gerechten Lastenteilung einigen.

Geschlechtergerechtigkeit ist ein Punkt, welcher der Heinrich Böll Stiftung sehr wichtig ist. Viele Fonds setzen auf Großprojekte, wie z.B. Kraftwerke. Wenige Projekte konzentrieren sich auf die lokale Ebene und sie sind zum größten Teil „gender-blind“. Frauen werden zu wenig beachtet, obwohl sie eine zentrale Rolle dabei spielen, wenn es um den ökonomischen Wandel auf lokaler und auf Haushaltsebene geht. Frauen erhalten bei der Entwicklung lokaler Finanzierungsmechanismen wenig Beachtung und besitzen schlechteren Marktzugang und Kapitalzugang als Männer. Gerade bei der Anpassung, wo es um die Reduktion der Verwundbarkeit geht, muss die Ungleichheit hinsichtlich Gender besondere Berücksichtigung finden. Notwendigkeiten, die die HBS sieht, sind bspw. die Einführung von Gender-Kriterien für Klimafinanzierung als Voraussetzung für die Vergabe von Mitteln, *Genderaudits* im Qualitätsmanagement sowie der Einbezug von *Genderbudgeting* in die Planung.

Dr. Julia Lehmann (BMZ): Klimaschutz als Querschnittsaufgabe

Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit sind untrennbar miteinander verbunden. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Klimafinanzierung kann also nicht per se auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Hierbei steht aber die Frage nach dem Volumen im Vordergrund. Klimaschutz und EZ sind praktisch sehr schwierig zu trennen. Es sollte auch nicht künstlich getrennt werden, sondern als integrierte Aufgabe betrachtet werden.

Allerdings muss bei der Diskussion um die Klimafonds, zwischen der Aufbringungs- und der Ausgabenseite unterschieden werden. Die Frage bleibt: Woher bekommen wir das Geld und wo soll das Geld eingezahlt werden? Eine weitere zentrale Frage ist: Durch welche Mechanismen soll das Geld ausgegeben werden? Gerade für die Ausgaben sollte die bestehende Entwicklungsarchitektur genutzt und keine neuen Mechanismen geschaffen werden, die mehr Bürokratie hervorrufen, ineffizient arbeiten und die Gefahr der weiteren Fragmentierung der Strukturen verursachen. Es gibt bereits Mechanismen der bi- und multilateralen Zusammenarbeit, durch die Klimaprojekte abgewickelt werden können ohne eine künstliche Trennung von Ausgabemechanismen zu schaffen. Für die Generierung der Gelder könnte ein zentraler Topf notwendig sein.

Wir sehen durch die Zusammenfassung von Entwicklungs- und Klimafinanzierung einen Finanzierungsbedarf von 350-400 Mrd. jährlich. Das sind enorme Summen, doch die Finanzkrise hat gezeigt, was mobilisierbar ist, wenn es darauf ankommt.

Sollte die Klimafinanzierung ODA anrechenbar sein? Solange die OECD-Kriterien erfüllt werden, sollten die Gelder ODA anrechenbar sein. Aber die Messzahl muss evtl. erhöht werden, um zu verhindern, dass die Klimafinanzierung zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit geht. Vielleicht sind 0,7% ODA nicht mehr genug, vor allem wenn wir jenseits 2015 schauen. Wenn 2015 die Halbierung der Armut erreicht werden würde, muss auch der anderen Hälfte geholfen werden. Deshalb muss heute bereits die Agenda „Was kommt nach 2015?“ angedacht werden. Welche Messzahl brauchen wir, evtl. 1%? In welchem Zusammenhang sollen dann EZ und Klimaschutz stehen?

Dann gibt es noch die Frage der Wirksamkeit und Effektivität. Auch hier wurde in der EZ viel erreicht, bspw. mit der Paris Erklärung und der *Accra Agenda for Action*. Hier gibt es ganz klare Prinzipien, von denen die Klimafinanzierung lernen kann: Wirksamkeit, Ergebnisorientierung und eine Arbeitsteilung, was auch in der zukünftigen Klimadebatte höchst relevant sein wird.

Sven Harmeling (Germanwatch): Trennung von Entwicklungs- und Klimafinanzierung

Woher kommt die Trennung der Entwicklungs- und Klimafinanzierung und somit die Frage der Zusätzlichkeit? Es gibt hier zwei verschiedene Arten von *Commitments*: Das 0,7% Ziel der ODA ist im Grunde eine freiwillige Verpflichtung der IL, welche 1970 getroffen wurde. Dieses Ziel ist für die Europäische Union (EU) verbindlich und soll bis 2015 erreicht werden. Auf der anderen Seite gibt es die Klimarahmenkonvention, die eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung ist, um die EL bei *Adaptation* und *Mitigation* zu unterstützen. Der Versuch die angestrebten 0,7% mit der Klimafinanzierung aufzufüllen, ist eine Doppelzählung. Das gleiche Geld wird für zwei unterschiedliche *Commitments* angerechnet.

Auf Projektebene ist es schwierig Entwicklungs- und Klimakosten zu trennen. Allerdings scheint es eher eine Ausrede, dass alle Projekte integriert als EZ behandelt werden müssen. Denn auf pragmatischem Wege, könnte man die Ausgaben zumindest getrennt berechnen. Eine einfache Form Zusätzlichkeit zu gewährleisten, wäre eine Festlegung, dass die Gelder, die in bestimmte Klimafonds eingezahlt werden, nicht als ODA angerechnet werden können. Des Weiteren werden derzeit Instrumente angedacht, die tatsächlich die Kompensationslogik umsetzen. Die Emissionserlaubnis z.B, die bisher kostenfrei an IL vergeben wurde, könnte komplett verkauft werden. IL müssen also für die Emissionen, die sie verursachen, bezahlen. Das lässt sich nicht als ODA anrechnen, denn es handelt sich um die Vergabe eines international bereitgestellten Gutes.

Niemand möchte Parallelstrukturen schaffen. Die G77 schlagen keine neue Institution vor, sondern einen neuen Finanzierungsmechanismus unter der Konvention. Es geht vor allem um die Governance-Strukturen. Jedes Land sollte eine Stimme haben, anders als bei der Weltbank und teilweise bei der GEF, wo Entscheidungen von den Gebern dominiert werden. Einige Aufgaben des Finanzierungsmechanismus können nach wie vor von der GEF übernommen werden. Die Erfahrungen, die hier bereits erworben wurden, sollten nicht verworfen werden. Es gibt derzeit die Argumentation von einigen IL, dass sie die G77 Vorstellung eines Fonds ablehnen, da es genug Fonds geben würde. Derzeit gibt es aber nur Fonds, die von

den IL erschaffen wurden. Für die EL wäre es einfacher, wenn sie sich für ihre Klimaanpassungs- und *Mitigation*-Aktivitäten an einen effizient regierten Fonds wenden könnten. Bangladesch hat eine eigene *Climate-Change-Strategie* für *Adaptation* und *Mitigation* vorgelegt. Dafür haben sie einen eigenen Klimafonds gegründet. IL können zusätzlich Gelder einzahlen. Dies ist ein effizienter Weg für Bangladesch seine Klimapolitik zu gestalten. Nationale Fonds erlauben eine schnelle Handlungsfähigkeit der EL um Klimaprojekte zu realisieren. Natürlich ist hierfür auch Evaluation und *Monitoring* erforderlich.

1.2.2. Podiumsdiskussion

Moderation (Andrea Düchting und Janek Hermann-Friede)

Wer kommt für das Geld in den internationalen Fonds auf? Inwieweit ist das Verursacherprinzip auf die Klimafinanzierung anwendbar?

Dr. Ulf Moslener (KfW)

Das Verursacherprinzip ist für die Planung der Finanzierung legitim. Es gibt noch andere Alternativen, wie z.B. Zahlungsfähigkeit, aber das Verursacherprinzip ist eine gute Alternative.

Wie geben wir das Geld aus? Es scheint logisch und klingt einfacher, wenn wir einen zentralen Fonds haben, in den die Gelder einfließen und auf den die EL zurückgreifen können. Doch ein praktisches Problem ist dabei vermutlich, dass der Fonds unterausgestattet sein wird, im Vergleich zu dem, was benötigt wird. Idealerweise würde das Board mit Vertretern aus EL und IL besetzt sein. Ähnlich wie bei UNFCCC hätte jedes Land eine Stimme. Schwierig dabei wäre es, transparente Entscheidungsfindungen zu organisieren. Wie soll entschieden werden, ob besser eine Trinkwasserversorgung in Afrika umgesetzt wird, oder ob den Bauern in Bangladesch geholfen werden soll? Wir könnten die Bremswirkung dieses Problems abmildern, wenn wir uns auf die bereits vorhandenen dezentralen Strukturen stützen. Zudem müssen wir jetzt handeln. Die Schaffung einer neuen Weltklimabank würde noch sehr viel Zeit beanspruchen.

Darüber hinaus gilt: Wenn ein Fonds, bspw. auch die GEF, extrem aufgeblasen wird, wäre es im politischen Prozess schwierig, Staaten wie die USA davon zu überzeugen eine große Menge Geld bereitzustellen, sich aber von der Budgetverantwortung für dieses Geld zu verabschieden. Diese Idee wird mit den USA nicht realisierbar sein. Wir brauchen aber die USA, um die enormen Summen zu mobilisieren. Es müssen demnach Wege gefunden werden, bei denen alle Staaten Gelder bereitstellen.

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)

Bei all den Finanzquellen, die es gibt, ist es wichtig, im Kopf zu behalten, dass alle zu den Steuerzahlern in den IL führen. Es ist aus Gerechtigkeitsperspektive auch richtig so, denn das sind die Verursacher entsprechend ihrer historischen Verantwortung. Die IL verfügen auch über die nötige Zahlungsfähigkeit. Doch das ist den Wählern schwer vermittelbar. Wir tun uns dabei schwer, die Gelder, die z.B. durch Versteigerungen erzielt werden und in den eigenen Taschen landen, in einen zentralen Fonds einzuzahlen. Es ist bereits schwierig, die Summen, die aus dem europäischen Emissionszertifikatshandel gewonnen werden, komplett dem Klima zu widmen.

Auch die EL haben dabei entscheidende Verpflichtungen und Aufgaben, denn ein Großteil der Emissionsreduktion muss auch im Süden stattfinden. EL sollten eigene Maßnahmen ergreifen, um Energieeffizienz durchzusetzen. Teilweise gibt es politische Barrieren, warum sie dies nicht tun können. Es gibt die Möglichkeiten, dass IL in Technologien zur Emissionsreduktion im Süden investieren. Die IL können sich für ihre eigenen gesetzten Klimaziele die Reduktion der Emissionen in EL anrechnen lassen. Hierbei dürfen die EL aber nicht zum Spielfeld für Emissionsreduktionen aus dem Norden werden. Die EL müssen im *Driver's Seat* bleiben, denn es ist ihre Entwicklung, die sie steuern wollen und müssen. Die Entwicklungsprioritäten sollten nicht von einem zentralen Mechanismus vorgegeben werden. Es ist die Aufgabe der EL nationale Klimaaktionspläne im Bereich *Mitigation, Adaptation* zu entwickeln. Die internationale Finanzierung muss sich also an den Entwicklungsprioritäten der EL orientieren.

Moderation

Wie können wir sicherstellen, dass Klimafinanzierung nicht auf Kosten der Entwicklungsfinanzierung stattfindet?

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe kann konzeptionell schon nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Alle MDGs haben irgendwie eine Klimakomponente. Deshalb müssen wir integriert herangehen und nicht getrennt. Die *Millennium Development Goals* (MDGs) müssen auf einen *Low-Carbon-Growth* Weg ausgerichtet werden. Ein Teil der *Mitigation*-Ausgaben werden nach den OECD-Kriterien nicht in die ODA einkalkuliert werden können. Doch viele der *Adaptation*-Maßnahmen werden ODA anrechenbar sein, und deshalb muss die Messzahl der ODA in Zukunft höher gesetzt werden. Wir brauchen mehr Geld und keine Trennung.

Die vertikalen Fonds sind einerseits gut, weil mehr Geld generiert werden könnte. Dann aber stellt sich die Frage nach der Ausgabenseite. Hier ergibt sich eine Zersplitterung der EZ-Architektur. Das sollte bei der Klimafinanzierungsarchitektur nicht passieren. Hier kann aus der Erfahrung der Entwicklungszusammenarbeit gelernt werden. Wenn viele parallele Fonds gefüllt werden müssen, entstehen parallele Verwaltungsstrukturen. Das sollte vermieden werden.

Moderation

Können die enormen Summen, die für den Klimaschutz aufgewendet werden sollen, über die bestehenden Strukturen abgewickelt werden?

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Mehr Geld braucht nicht unbedingt mehr Verwaltung. Aber sicher, wenn mehr Geld bewegt wird, kommen die EZ-Strukturen vielleicht an ihre Grenzen. Hier muss ein Skaleneffekt einsetzen. Die ODA in Deutschland ist bspw. von 0,28% im Jahre 2004 auf 0,38% in 2009 gestiegen. Das BMZ ist in diesem Zeitraum allerdings nicht gewachsen. Bestehende Institutionen sollten eher mit neuen Aufgaben betraut werden, als neue Institutionen zu schaffen. Mehr EZ-Institutionen schaffen nicht unbedingt einen Mehrwert. Das hat die Erfahrung gezeigt.

Sven Harmeling (Germanwatch)

Es ist nicht so, dass die G77 eine neue Institution wollen. Sie fordern eher einen Finanzierungsmechanismus, der den Prinzipien der UNFCCC entspricht. Des Weiteren kann es andere Institutionen geben, die ihre Expertise in der Klimafinanzierung beitragen, allerdings sollten sie ebenfalls den Prinzipien der UNFCCC unterstellt sein.

Sind die Länder in der Lage, so viel Geld abzuwickeln? Ein *Adapation-Readiness-Level* der einzelnen Länder ist notwendig, bevor diese enormen Summen für bspw. *Adaptation* fließen, um die Absorptionskapazität in den Ländern zu gewährleisten.

Nicht alles soll über UNFCCC laufen, das wäre aus Risiko-Management-Perspektive fatal. Doch ein zentrales Kontrollinstrument ist sinnvoll. Aber gerade nationale Fonds wie in Bangladesch sind der richtige Schritt in die richtige Richtung. Man sollte aber die Debatte um eine zentrale Institution weiterführen. Die Weltbank ist dafür ungeeignet, denn sie wird nie ein Demokratisierungslevel haben wie die UNFCCC.

Moderation

Im Rahmen der Finanzkrise sind viele EL zahlungsunfähig geworden. Wenn es Kredite sind, die im Rahmen der Klimafinanzierung vergeben werden, was passiert dann mit den Ländern die bereits zahlungsunfähig sind?

Dr. Ulf Moslener (KfW)

Wenn ein Land zahlungsunfähig ist, dann zahlt es die Kredite nicht zurück. Das Land wird dann bestraft mit dem *Credit Rating* auf den internationalen Kapitalmärkten. Dies erschwert die zukünftige Kreditaufnahme. Das ist, ganz vom Klimaproblem abgesehen, ein Problem für die Wirtschaft in diesem Land. Die Summen, um die es bei Klimaschutz und Anpassung geht, können allein mit öffentlichen Geldern ohnehin nicht gestemmt werden. Wir müssen auch die Privatwirtschaft involvieren. An dieser Stelle werden vermutlich Garantien von staatlicher Seite für die Finanziere notwendig. Die EL müssen einen Anreiz haben, die Mittel verantwortungsvoll einzusetzen. Denn wenn das Image des Landes beschädigt ist, wird auch die Privatwirtschaft weniger in diese Länder investieren.

Für den richtigen Umgang mit den Mitteln ist es sehr wichtig, die EL im *Driver's Seat* zu haben und die Budgethilfe geht ja in diese Richtung. Das muss auch im Klimabereich beachtet werden. Das BMZ will Klimachecks einführen. Alle Projekte werden auch auf ihre Klimarelevanz geprüft. Die Klimadebatte kann sehr stark von der EZ lernen.

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)

Kredite entsprechen nicht den Kriterien von Kompensationszahlungen. Das ist äußerst fragwürdig und problematisch. Kredite sind eher interessant im Bereich der Gruppe der *No-Regrets-Emissions-Reduction*, wie es von McKinsey gehandhabt wird. Bei Ländern, die einen ökonomischen Vorteil durch die ausländische Investition haben, kann man eher Kredite anwenden. Es gibt auch die Debatte, dass Kredite vergeben werden, die dann von hoffentlich reicheren Generationen zurückgezahlt werden sollen. Unter realpolitischer Debatte ist das sicher interessant, nach dem Verursacher- und Gerechtigkeitsprinzip ist dies jedoch problematisch.

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Neue Schulden durch Klimafinanzierung? Die ärmsten Länder werden nach wie vor Zuschüsse und keine Kredite erhalten. Das ist so in der multi- und bilateralen EZ. Die Weltbank und der IWF haben ein Schuldentragfähigkeitssystem entwickelt, das die Verschuldung eines Staates analysiert. Demnach erhalten Staaten entweder Zuschüsse oder Kredite. Deshalb sollte die Klimafinanzierung auch durch bestehende EZ-Instrumente fließen.

Die Debatte, die gerade angeklungen ist, nennt man auch: *Debt Financing* und *Front Loading*. Das bedeutet, dass Mittel am Kapitalmarkt für die Klimafinanzierung aufgenommen und später durch Haushaltsmittel gegenfinanziert werden. Das wird auch beim Emissionshandel der Europäischen Kommission diskutiert. 2013 beginnt die nächste Emissionshandelsperiode. Hier werden viel mehr Anteile sektorspezifisch versteigert und deshalb werden auch viel höhere Einnahmen erwartet als 2008 mit 900 Mio. Euro allein in Deutschland. Ab 2013 könnten Mrd. Beträge erzielt werden, wenn der Flugbetrieb ab 2012 bzw. höhere Versteigerungsprozentzahlen bei der neuen Emissionshandelsperiode angesetzt werden.

Sven Harmeling (Germanwatch)

Nach dem Verursacherprinzip braucht es ein sich selbst finanzierendes Instrument, das langfristig von öffentlichen Geldern losgelöst ist. Wie z.B. ein Emissionshandelssystem, wie wir es in der EU vorfinden. Industriestaaten müssten ihre Emissionsrechte kaufen. Durch genau diesen Ansatz kann eine Refinanzierung stattfinden. Eine Flugverkehrabgabe für Anpassung? Selbst *die Least Developed Countries* (LDCs) haben dies gefordert, als weltweites Instrument.

Eine Anmerkung zur Erhöhung der ODA von 0,7%. Es ist wichtig, dass die ODA um 0,5% angehoben wird. Allerdings muss es ein Sanktionsregime geben, denn ohne das werden die Ziele nicht eingehalten. Außerdem muss eine Vorhersagbarkeit der Finanzierung gewährleistet werden, die Gelder können nicht von der Laune der Finanzminister abhängen.

1.2.3. Publikumsdiskussion

Publikum

Frage 1. Alle sprechen über mehr Geld, aber es gibt bisher ein Mittelabflussproblem. Wie soll mit dem vielen Geld umgegangen werden?

Frage 2. Heute ist Deutschland ein sehr reiches Land. Wie ist es politisch vertretbar, wenn ein Mehraufwand von Mitteln auch Auswirkungen auf den Lebensstandard der Deutschen hat?

Frage 3. Es wurde gesagt, dass es gar keinen Zielkonflikt zwischen Klima- und EZ-Finanzierung gäbe. Kurz und mittelfristig mag das so sein, aber der Klimawandel ist ein langfristiges Phänomen. Es ist kaum zu glauben, dass alles immer in die gleiche Richtung läuft. Welche Zielkonflikte können auftreten und wie geht man mit *Trade Offs* um?

Dr. Ulf Moslener (KfW)

Mittelabflussprobleme gibt es tatsächlich immer da, wo es große Töpfe gibt. Deshalb müssen die Länder mit im *Driver's Seat* sitzen, um eigene Strategien aus eigener Kraft zu steuern.

Wir müssen dabei Unterstützung bieten, Entscheidungsstrukturen aufzubauen, um die Mittel gezielt einzusetzen.

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

In der zweiten Frage klang an, ob wir uns die EZ noch leisten können. EZ ist kein *Gutmenschentum*, das wir uns nur leisten können, wenn es uns gut geht. Wir haben natürlich ein ganz großes Eigeninteresse an der EZ. Nimmt man z.B. den Klimaschutz in Verbindung mit der EZ. Natürlich haben wir ein enormes Interesse daran, China beim *Capacity Building* und Technologietransfer zu unterstützen, so dass die Emissionen reduziert werden. Wir haben ein Interesse daran, Technologien in SL zu exportieren und mit Technologietransfer einen Entwicklungsbeitrag zu leisten. Denn es betrifft uns ja selbst, was mit dem Klima passiert. Wir stehen vor globalen Problemen, die auch nur global zu lösen sind. Die EZ ist dabei ein sehr wesentlicher Bestandteil. Klimawandel wird ebenso Konflikte mit sich bringen um Ressourcen wie Wasser, Anbauflächen, etc. Wir haben ein Interesse an einer Stabilität der Welt und daran, Krisen zu vermeiden. Das ist ein ureigenes Interesse. EZ sind keine Almosen. Die Frage ist eher, wie wir sie finanzieren, denn wir müssen sie uns leisten. Im Rahmen der Finanzkrise ist es ein wesentlicher Aspekt. Wir haben 500 Mrd. Euro für das Konjunkturpaket II in Deutschland aufgelegt. 100 Mio. Euro davon fließen in EZ wirksame Projekte. Das Geld geht in die Weltbank *Infrastruktur Crisis Facility*. Diese wurde speziell dafür ins Leben gerufen, um Infrastrukturprojekte in EL in der Zeit der Finanzkrise umzusetzen. Für diese 100 Mio. Euro musste ein enormer Rechtfertigungsaufwand betrieben werden, weil selbst im Parlament Argumente kamen wie: „Na, in Deutschland könnten wir dafür so und so viele Lehrer einstellen“. Dem Versuch, sich in der Krise nach Innen zu wenden, müssen wir argumentativ begegnen, um nicht unsere eigenen Interessen aus den Augen zu verlieren.

Sven Harmeling (Germanwatch)

Frau Lehmann hat das richtig angeführt. Das Verursacherprinzip zweifelt wohl auch keiner mehr an. Außerdem gibt es genug Geld. Es ist nur eine Frage der Prioritäten. Jedes Jahr zeigt der Bundesrechnungshof auf, wo Gelder fehlinvestiert wurden. Wenn man dazu noch die Investitionen, die in den Militärhaushalt fließen umwidmet, würde das Geld bei weitem ausreichen, um die Verpflichtungen der Bundesregierung von sechs bis acht Mrd. Euro zu erreichen. Wichtig ist nun, der Öffentlichkeit zu kommunizieren, wieso die Gelder investiert werden müssen.

Dr. Ulf Moslener (KfW)

Ich möchte gerne noch etwas zu Zielkonflikten und *Trade-Offs* sagen. Nicht alles ist *Win-Win*. Das ist unrealistisch. Nicht jede EZ-Maßnahme ist klimarelevant. Es gibt bei der Anrechnung die extreme Variante, dass ein Klimaziel von 0,5% und ein ODA-Ziel von 0,5% angesetzt und „Doppelzählungen“ verboten werden. Aber genauso gut kann es heißen: Ich habe 1% Klimaschutz und 1% ODA, dann sind beide Ziele doppelt so hoch, aber ich erlaube eine doppelte Anrechnung. Ich schaffe damit den Anreiz, dass ein EZ-Projekt der EZ und dem Klima nutzt und umgekehrt. Genau dahin soll es ja gehen. Ich will aber auch das stärken, was Frau Lehmann bereits gesagt hat.

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Ich möchte auch betonen, dass es bisher keine *Win-Win*-Situation ist. Es muss aber eine werden. Das ist hier die Botschaft.

Publikum

Es ist schwierig zu deuten, was Anpassung auf lokaler Ebene bedeutet. Das Verständnis dafür braucht man aber, um Anpassung auf lokaler Ebene zu fördern. Aber was sehen Sie, Herr Harmeling, für Probleme bei der Anpassung?

Sven Harmeling (Germanwatch)

Das ist ein wichtiger Punkt. Es wäre schön zu wissen, wo man welche Anpassungsstrategie verfolgen muss. Wir haben aber wenigstens einen Richtungshinweis: Wir wissen in welcher Region Niederschläge zu oder abnehmen werden. Eine Veränderung im agrarischen Anbau kann relativ schnell stattfinden. Anders ist dies bei großen Infrastrukturprojekten. Es gibt also sehr viele Unsicherheiten. Deshalb ist eine Prozessorientierung notwendig, um die Menschen zu sensibilisieren, wie wir mit solchen Unsicherheiten umgehen können. Projekte müssen aber auch einen Nutzen für die Armutsbekämpfung haben. Unsicherheiten können dennoch keine Ausrede für *Nicht-Handeln* sein.

Publikum

Müsste sich nicht unser Lebensstandard ändern? Was bedeutet Klimawandel für uns in Deutschland? Inwieweit hat Klimawandel Einfluss auf unseren Lebensstandard?

Sven Harmeling (Germanwatch)

In Deutschland haben wir einen CO₂-Ausstoß von 10t/Kopf im Jahr. Dies ist fünf bis sechs Mal mehr als der durchschnittliche CO₂-Ausstoß eines Inders und doppelt so hoch wie der eines Chinesen. Hierzulande ist eine drastische Reduktion der Pro-Kopf-Emissionen erforderlich. Notwendig ist eine Reduktion von 80-90% bis Mitte des Jahrhunderts. Eine wichtige Frage ist diesbezüglich unser Lebensstandard. Die zentrale Frage ist aber, wie wir mit weniger Ressourcen auskommen? Sicher gibt es darauf viele technische Antworten. Wir müssen hier zu einem emissionsarmen Wohlstandsniveau kommen, als Vorbildfunktion für andere Länder und in gemeinsamer Arbeit mit ärmeren Ländern.

Publikum

Wie sieht die Diskussion des BMZ mit anderen Ministerien aus, gerade hinsichtlich der Klimafinanzierungsdebatte?

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Das meiste, was den *Adaptation*-Bereich betrifft, ressortiert im BMZ. Der *Mitigation*-Bereich ressortiert im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Beides ist kaum trennscharf auseinanderzuhalten. 2008 haben wir 120 Mio. Euro durch Emissionhandelserlöse für internationale Klimaprojekte ausgegeben. Die ressortierten beim BMU. Allerdings hat man sich darauf geeinigt, dass das BMZ bei Projekten in EL ein Mitzeichnungsrecht hat. Hier ist demnach eine starke Abstimmung notwendig. Mit steigender

ODA gibt es ein verstärktes Koordinierungsproblem unter den Ressorts. Hier sind pragmatische Lösungen gefragt.

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)

Die Heinrich-Böll-Stiftung sieht dies viel kritischer. Wir erkennen Grabenkämpfe zwischen den unterschiedlichen Ressorts. Das BMU findet es gar nicht gut, dass das BMZ Mitsprache hat hinsichtlich der Gelder aus dem Emissionshandel. Die sektoriellen Ressorts sind einfach nicht geeignet, um diese intersektoriellen Fragen zu lösen.

Dr. Ulf Moslener (KfW)

Das BMZ ist für die KfW Hauptspieler in der deutschen EZ. Wir führen Projekte im Auftrag verschiedener Ministerien aus. Dabei sehen wir auf Projektebene weniger Konfliktpotential als vielleicht auf der strategischen Ebene der Zielfestlegung.

Sven Harmeling (Germanwatch)

Ich komme noch einmal auf das Beispiel Bangladesch zurück. Bangladesch ist wohl ein Vorreiter, wie man mit Klimawandel umgehen kann. Es gibt sehr viele institutionelle Herausforderungen, wenn es um die Frage geht, wie mit Klimawandel umgegangen wird. Denn betroffen sind fast alle Ministerien und ihre Ressortbereiche. Bangladesch hat institutionelle Innovationen im Rahmen ihres *Action Plan on Climate Change* entworfen. Es gibt ein *Advisory Council* unter Federführung des Premierministers. Nicht nur Ministerien sind hier vertreten, sondern auch andere *Stakeholder*. In jedem Ministerium gibt es eine *Climate-Change-Cell*. Auch hier könnte Deutschland lernen, um eine kohärente internationale Position zu haben.

Publikum

Ist es wirklich realistisch 350-400 Mrd. Euro vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise zu mobilisieren?

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

Wahrscheinlich wird es nicht möglich sein, dieses Geld in den nächsten Jahren zu mobilisieren. Allerdings ist es notwendig den Bedarf zu quantifizieren. Der Finanzierungsbedarf muss aufgestellt und kommuniziert werden, um wenigstens einen Teil zu erreichen. Aber ich glaube selber, dass es schwer wird. Es würde auch gar keine Absorptionsfähigkeit für 400 Mrd. Euro in den Ländern bestehen.

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)

Klimawandel ist kein Problem von vielen, sondern es ist strukturell. Ich finde, dass wir mit den kleinen politischen Schritten nicht an das herankommen, was notwendig ist. Aber was heißt denn politisch realistisch, wenn es um eine Welt geht, in der wir nicht mehr leben können? Was ist politischer Realismus in diesen Zeiten, wo alle Wissenschaftler schon bestätigt haben, dass dieses 2°C Ziel nicht mehr erreichbar ist?

Sven Harmeling (Germanwatch)

Von welchem politischen Realismus reden wir eigentlich? Was heißt das dann für Inselstaaten, die es evtl. in wenigen Jahren nicht mehr gibt aufgrund des Meeresspiegelanstiegs? Das

heißt, sie müssten über den Realismus nicht mehr nachdenken? Politischer Realismus ist eine Frage der Perspektive. Viele Dinge schienen in der Vergangenheit unrealistisch. Wir alle müssen etwas zu einer Veränderung beitragen. Natürlich ist es viel Geld. Es geht um Co-Finanzierung in der Energiepolitik bspw. in China und Indien; also in Ländern, wo die ganze Energieinfrastruktur verändert werden muss. Die größte Sorge ist für mich derzeit, dass durch die Finanzkrise vielleicht Gelder nach wie vor für Klima bereitgestellt werden, aber die ODA zurückgestuft wird. Irland und Italien haben dies bereits getan.

Dr. Ulf Moslener (KfW)

Es ist ein Schock wenn man sich mit den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen zum Klimawandel auseinandersetzt. Es wird bereits teilweise als Sicherheitsproblem betrachtet. Aber auch diese hohen Zahlen des Finanzierungsbedarfs sind erschreckend. Wir brauchen einen unglaublichen Strukturwandel, seitdem wir wissen, dass zu viel CO₂ in der Atmosphäre auf lange Sicht gefährlich ist. Die Gelder, die notwendig sind, müssen die Welt auf einen nachhaltigen Pfad bringen. Wir brauchen einen politischen Rahmen und Instrumente, die *Low-Carbon*-Projekte in die Nähe der Wirtschaftlichkeit bringen. Diese Summen von 200 Mrd. Euro werden nicht durch Steuern allein eingesammelt werden können.

Publikum

Sollte nicht das BMZ als Unterabteilung in das Umweltministerium integriert werden?

Dr. Julia Lehmann (BMZ)

BMZ und BMU bedürfen einer stärkeren Koordinierung. Immer wieder gibt es die Diskussion Ministerien neu zu strukturieren, das BMZ bspw. in das Auswärtige Amt zu integrieren oder gar abzuschaffen. Nun bestehen wir seit Anfang der 60er Jahre. Es gibt gute Gründe für eine Eigenständigkeit und Gründe für eine Zusammenlegung. Aber es ist ganz wichtig, dass Synergien verbessert werden. Es gibt Kohärenzbemühungen, aber es gibt nach wie vor auch ein starkes Ressortdenken.

Lili Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)

Es steht nicht die Umwelt im Vordergrund, sondern menschliche Entwicklung. Es geht um ein neues Entwicklungsverständnis für Nord und Süd, das Emissionsminderung und Anpassung beinhaltet. Und diesen Lerneffekt macht die ganze Klimaverhandlung durch.

Moderation

Das komplexe Thema der Klimafinanzierung konnte hier leider nur angerissen werden. Doch wir hatten eine sehr umfangreiche Diskussion. Die Grundsätze der Klimafinanzierung wurden im Konsens, hinsichtlich ihrer Zusätzlichkeit und Verantwortung, diskutiert. Doch wir kamen auch auf widersprüchliche Punkte hinsichtlich des „Wie“. Mit den eben genannten Einblicken in die Zukunft ist klar: Es müssen neue Dimensionen in die politische Debatte Einzug halten, die durch Strukturanpassung oder neue Strukturen geregelt werden müssen.

Wir bedanken uns herzlich bei den Podiumsgästen und bei dem Publikum für die interessante Diskussion.

2. Neue Wege in der Klimafinanzierung

2.1. Der Clean Development Mechanism (CDM)

2.1.1. Inhaltliche Einführung – Herausforderungen in der Klimafinanzierung

Corinna Wallrapp

Um Instrumente und Herausforderungen der Klimafinanzierung diskutieren zu können, werden zuerst Grundlagen kurz aufgezeigt.

Wie hinlänglich bekannt ist, wird der anthropogene Klimawandel durch einen erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen aufgrund der Industrialisierung verursacht.

Über die Hälfte der CO₂-Emissionen verursachen wir global durch das Verbrennen von fossilen Energieträgern; davon 24% für Heizung und Elektrizität, weitere 14% jeweils von der Industrie und dem Transportwesen. Der Landwirtschaft werden 14% zugeschrieben und der Entwaldung und Landnutzungsänderung 20% (Stern Report, 2006). In absoluten Zahlen gesprochen, bedeutet dies, eine jährliche Menge von über 30 Gigatonnen (Gt) anthropogen verursachter CO₂-Emissionen – eine gigantische Menge mit ansteigender Tendenz.

Wer ist der Verursacher dieser Emissionen? Wie die soeben genannten Zahlen nahe legen, sind die IL die größten Emittenten. Seit der Industrialisierung haben sie in der Summe über 65% des anthropogenen CO₂-Ausstoßes verursacht. Dem gegenüber stehen die am wenigsten entwickelten Länder, die gerade mal für 2% der CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Jedoch sind gerade diese Länder von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen und müssen hohe Kosten für die Anpassung an die Folgen tragen. Zwischen diesen beiden Ländergruppen stehen die Länder mit mittlerem und geringem Einkommen. In der Summe haben diese zwar nur zu einem relativ geringen Teil zu den global aggregierten Emissionen beigetragen, aber China zum Beispiel hatte 2007 weltweit den größten absoluten Ausstoß an CO₂ noch vor den USA zu verschulden – Tendenz weiterhin extrem ansteigend.

Die sektorale und geographische Verteilung der CO₂-Emissionen verdeutlicht, dass ein international abgestimmtes Handeln erforderlich ist, um einerseits einen weiteren Anstieg der Emissionen zu verhindern und sich andererseits an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anzupassen.

Was also ist zu tun? Die dafür erforderlichen Maßnahmen lassen sich in 2 Kategorien unterteilen:

Zum einen bestehen Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen (*Mitigation*). Dazu haben sich die IL (außer den USA) freiwilligen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion unterworfen. Diese wurden bereits 1997 auf der Konferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in Kyoto festgelegt. Die EU hat sich dort beispielsweise zu einer Emissionsreduktion von 21% (ggü. 1990) bis 2012 verpflichtet.

Zum anderen sind Maßnahmen für die Anpassung an die Folgen des, jetzt schon unvermeidbaren, Klimawandels (*Adaptation*) erforderlich. Für die Anpassungsmaßnahmen wurden auf internationaler Ebene noch kaum konkrete Verpflichtungen verabschiedet. Lediglich wurde das Verursacherprinzip zur Finanzierung der Klimafolgen und -anpassung festgelegt. Demzufolge werden vor allem die IL stark in die Pflicht genommen.

Um dieser Verpflichtung nachzukommen wurden bisher 2 Finanzierungsmöglichkeiten institutionalisiert, zum einen über multilaterale und bilaterale Fonds, zum anderen über Marktmechanismen.

Zunächst zu den Fonds: Viele IL haben bilaterale Fonds für *Mitigation* und *Adaptation* aufgelegt, wie zum Beispiel die deutsche Bundesregierung mit der *International Climate Initiative*. Neben bilateralen bestehen zahlreiche multilaterale Fonds, aus denen Schenkungen und Kredite an EL vergeben werden, zum einen von der Weltbank und zum anderen von der UN. Unter dem Dach der UNFCCC und über die GEF sind verschiedene Fonds, u.a. speziell für die ärmsten Länder, entstanden. Diese Fonds werden durch freiwillige Beiträge der IL gefüllt.

Die Landschaft der unterschiedlichen Fonds ist nicht sehr übersichtlich. Viele Fonds wurden erst 2008 aufgelegt und sind noch nicht funktionsfähig. Es hat fast den Anschein als sei es einfacher – für ein Land oder eine Institution – einen neuen Fonds zu eröffnen, als in einen bereits bestehenden einzahlen zu müssen. Hinzu kommt, dass die Zahlungsmoral der Staaten nicht gerade als vorbildlich bezeichnet werden kann.

Von der UNFCCC wird zusätzlich der *Adaptation Fund* verwaltet. In diesen fließen keine freiwilligen, staatlichen Beiträge, sondern Erlöse aus dem *Clean Development Mechanism* (CDM).

Der CDM gehört zu den Marktmechanismen des Kyoto-Protokolls. Wie bereits erwähnt, haben sich die IL unter dem Kyoto-Protokoll zu umfangreichen Emissionsreduktionen verpflichtet. Da sie diesen aber nicht selbst vollständig nachkommen können, haben – zumindest die Mitgliedsstaaten der EU – die Verpflichtungen zum Teil an die Unternehmen in ihrem Land weitergegeben. Diese erhalten – bisher fast umsonst – Emissionszertifikate für die Menge CO₂, die sie aufgrund ihrer Aktivitäten produzieren. Aufgrund der Emissionsreduktionsverpflichtung nach dem Kyoto-Protokoll jedoch weniger als sie benötigen. Um mit diesem Engpass an Emissionszertifikaten umzugehen haben die Unternehmen nun drei Möglichkeiten:

Möglichkeit A: Sie verwenden neue, modernere Technologien, durch die sie weniger CO₂ ausstoßen.

Möglichkeit B: Sie kaufen zusätzliche Zertifikate von anderen Unternehmen, die weniger Zertifikate benötigen als sie erhalten haben.

Oder Möglichkeit C: Sie finanzieren und implementieren Projekte in EL, die keinen Reduktionsverpflichtungen unterliegen. Für die so eingesparten Emissionen erhalten sie Zertifikate, die es ihnen erlauben in ihren Heimatländer, den IL, eben jene Menge an Emissionen zusätzlich auszustoßen. Diese Möglichkeit wird als *Clean Development Mechanism*, kurz CDM, bezeichnet. Von dem Wert der unter dem CDM produzierten Emissionszertifikate werden 2% in den erwähnten *Adaptation Fund* überführt, um *Mitigation*- und *Adaptation*-Projekte zu finanzieren.

Wie viele Töpfe und Mittel brauchen wir, um die erforderlichen *Mitigation*- und *Adaptation*-Maßnahmen finanzieren zu können? Nach dem *Human Development Report 2008* des *United Nations Development Programme* sind jährlich 86 Mrd. US\$ für *Adaptation*-Maßnahmen erforderlich. Nach dem Stern-Report von 2006 wird jährlich 1% des globalen Bruttosozialprodukts benötigt, um *Mitigation*-Projekte zu finanzieren. Diese beiden Größenordnungen können als erforderliche Ausgaben für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel bezeichnet werden.

Dem gegenüber stehen jedoch nur sehr viel geringere Einnahmen. So haben die Industriestaaten versprochen über bilaterale Fonds 15 Mrd. US\$ (2008 bis 2012) bereit zu stellen. Noch höhere Summen wurden für die multilateralen Fonds versprochen, wovon allerdings erst knapp 3 Mrd. US\$ tatsächlich einbezahlt wurden. Über den CDM entstanden bisher 270 Mio. Zertifikate bei einem derzeitigen Marktpreis von ca. 10 €.

Aus dieser vereinfachten Gegenüberstellung – Ausgaben vs. Einnahmen – leiten sich die folgenden Fragen ab:

- Wie kann diese enorme Lücke zwischen vorhandenen und erforderlichen finanziellen Mitteln gedeckt werden?
- Wer kann und soll für diese riesigen Summen aufkommen?
- Welche Rolle spielt dabei der CDM bzw. wie muss dieser verändert werden?

2.1.2. Input der Podiumsgäste

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle): Vorstellung des CDM und seiner Funktionsweise

Der CDM ist einer der drei flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Dabei handelt es sich um Projekte zwischen einem Industrieland, auch Annex-I-Staat genannt – also Staaten, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls Minderungsverpflichtungen übernommen haben – und einem Nicht-Annex-I-Staat. Die grundsätzliche Funktionsweise besteht darin, dass zunächst ein Referenzszenario bestimmt wird, die so genannte *Baseline*. Diese stellt die Emissionssituation ohne das Projekt dar. Im nächsten Schritt wird das Klimaschutzprojekt durchgeführt, bspw. durch den Bau von Windrädern, wodurch sich eine zweite Emissionssituation ergibt, nämlich die Situation mit dem Projekt. Die Anzahl der erhaltenen Emissionsminderungszertifikate, die vom Klimasekretariat ausgegeben werden, ergibt sich aus der Emissionsdifferenz der beiden Szenarien.

Was sind die Grundsätze des Mechanismus?

1. CDM-Projekte brauchen die Zustimmung der beteiligten Staaten, d.h. es handelt sich immer um eine bi- oder multilaterale Vereinbarung. Ein ganz maßgebliches Ziel ist dabei, privates Kapital zur Erreichung von Klimaschutzziele zu mobilisieren.

2. Weiterhin fordert der Mechanismus, dass das Projekt zusätzlich stattfindet. Zusätzlich heißt, es darf nicht das stattfinden, was sowieso gemacht worden wäre. Diese Zusätzlichkeit ist der Dreh- und Angelpunkt des CDM und hier entzündet sich auch hauptsächlich die Kritik, die an diesem Mechanismus geäußert wird.

3 Auch sollte der CDM einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten, wobei auch hier wie an anderer Stelle Uneinigkeit darüber besteht, was Nachhaltigkeit genau bedeutet.

Was sind typische Projektbeispiele? Diese erstrecken sich von Projekten zur Minderung der Industriegase, über Projekte zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Aufforstung und Wiederaufforstung spielen bislang keine Rolle im CDM – bisher nur drei Projekte – da diese Zertifikate im EU-Emissionshandel nicht nutzbar sind. Ein letzter wichtiger Projektbereich sind die so genannten *Programmes of Activities* (Programmatischer CDM).

Was ist der aktuelle Stand jetzt im März 2009? Es gibt mittlerweile über 1424 registrierte Projekte, über 2800 weitere sind in Vorbereitung. Der CDM ist also zunächst einmal ein Mechanismus der – trotz der berechtigten Kritik – funktioniert. Der Defizite aufweist, aber der zunächst einmal funktioniert. Zertifikate für 262 Mio. t CO₂-Äquivalente sind ausgestellt und über 1,3 Mrd. werden bis 2012 erwartet. 137 zuständige Behörden (Designated National Authorities) sind gegründet, was zeigt, dass auch die nötigen Governance-Strukturen aufgebaut werden. So trägt der CDM auch dazu bei, dass Klimaschutz global in der Öffentlichkeit als Wirtschaftsfaktor wahrgenommen wird. Zudem speisen 2% der Erlöse der CDM-Projekte den *Adaptation Fund* für Klimaanpassungsmaßnahmen, womit ein Finanzierungsmechanismus eingeschlossen ist, der theoretisch weiter ausgebaut werden könnte.

Zu den Problemen: Der CDM - und das liegt ein Stückweit in der Natur der Sache – hat zunächst dort Potentiale erschlossen, wo es wirtschaftlich sehr lukrativ war – in den aufstrebenden SL, China, Indien und Brasilien, die hohe Emissionen ausstoßen. In den afrikanischen Ländern, mit Ausnahme Südafrikas, fand der CDM bisher hingegen wenig Anwendung.

Es gibt darüber hinaus das Problem hoher Erlöse aus Projekttypen wie z.B. den so genannten HFC23 Projekten (Verbrennung von Nebenprodukten aus der Kühlmittelproduktion), die keinen nachhaltigen Beitrag zu Entwicklung leisten. Weiter ist es schwierig, die Zusätzlichkeit projektspezifisch nachzuweisen.

Wie sollte der CDM in Anbetracht der aufgezeigten Probleme weiterentwickelt werden? Ein möglicher Ansatzpunkt ist die Weiterentwicklung in einen sektoralen CDM, der ganze Sektoren erfasst. Auch muss stärker mit so genannten *Benchmarks* (Referenzemissionen) gearbeitet werden, die es - einmal festgelegt – zu unterbieten gilt.

Tilman Santarius (Wuppertal Institut): Bewertung der klima- und entwicklungspolitischen Relevanz des CDM

Zunächst möchte ich kurz die drei wesentlichen Stärken des CDM hervorheben: Zum einen war der CDM 1997 in Kyoto das einzige Instrument, das die EL tatsächlich aktiv in die entwicklungspolitischen Klimaschutzanstrengungen involviert hat. Zum zweiten werden über diesen Mechanismus nicht nur Finanzen bereitgestellt, sondern es findet über die Projekte gezielt ein Technologietransfer (*Capacity Building*) statt, wodurch die Projektpartner vor Ort eingebunden werden. Als dritten Punkt sehe auch ich, wie schon Herr Seidel, eine große Stärke des CDM in der Mobilisierung privaten Kapitals. So stellt der CDM letztlich einen flexiblen Mechanismus dar, der beim Umdenken unterstützt.

Es gibt jedoch auch erhebliche Schwächen, was die Finanzierung, den Technologietransfer und die ökologische Integrität anbetrifft.

1. Keine Finanzierung vor Projektbeginn

Ein Grundproblem beim CDM besteht darin, dass das Geld für die Zertifikate erst dann fließt, wenn die Emissionsreduktion nachgewiesen werden kann – d.h. nicht vor Projektbeginn, sondern erst während der Laufzeit oder sogar am Ende.

2. Hohe Transaktionskosten in EL

Wenn die Firma Enercon einen Windpark in Sachsen baut, ist dies viel einfacher als wenn sie das gleiche Prozedere bspw. in Marokko durchläuft. Die dabei auftretenden Transaktionskosten sind im Rahmen des CDM mitunter sehr hoch.

3. Einnahmen ungewiss

Da nicht sicher ist, wie sich der Zertifikatspreis in Zukunft entwickelt und ob das Projekt überhaupt anerkannt wird, sind die Einnahmen ungewiss.

4. Durchführung auch ohne CDM-Bonus

Bei vielen Investoren zeigt sich, dass sie die Projekte auch ohne den CDM-Bonus durchführen, da sie sich bereits ohne den Verkauf der Zertifikate lohnen. Das halte ich für ein grundsätzliches Problem.

5. Projektansatz zur großflächigen Transformation?

Es reicht nicht, nur ein Stahl- oder Zementwerk energieeffizient zu gestalten, sondern der ganze Sektor müsste an die modernste Technologie angepasst werden. Oder auch andere Sektoren neben der Industrie, wie Haushalte und Verkehr sollten eingebunden werden. Der CDM hat bisher eher eine Art lokale Auswirkung und nicht das, was wir für das Regime Post-2012 brauchen – nämlich eine großflächige Transformation in den EL.

6. Regionale Verteilung ungleich

Bisher ist die Verteilung der CDM-Projekte sehr ungleich. So werden über 80% der Projekte in nur 5 Ländern durchgeführt (China, Indien, Brasilien, Mexiko und Malaysia).

7. Technologietransfer?

Bisher veröffentlichte Studien kommen zu dem Schluss, dass nur ein Drittel der Projekte einen Technologietransfer anstreben. Und selbst für dieses Drittel ist die Bilanz durchaus fragwürdig. Gerade in den großen CDM-Ländern Brasilien, China und Indien ist die Bilanz für den Technologietransfer schlecht.

8. Zweifel an der ökologischen Integrität

Gemäß einer Studie des Ökoinstituts aus dem Jahr 2007 sind 40% der Projekte fragwürdig oder eben nicht zusätzlich. Andere Schätzungen gehen sogar darüber hinaus. Wenn man sich nun veranschaulicht, dass bis 2012 Zertifikate in Höhe von 1,3 Gt erwartet werden und über drei Gt in der Pipeline sind (entspricht viermal der Menge der Gesamtemissionen Deutschlands), dann stellt die fehlende Zusätzlichkeit bei fast der Hälfte der Projekte einen herben Kritikpunkt dar.

Welche Reformoptionen gibt es?

1. Sektoraler CDM

Die Idee besteht darin, dass nicht mehr einzelne Projekte durchgeführt werden, sondern der ganze Sektor durch Maßnahmen adressiert wird.

2. Policy-CDM

Dahinter verbirgt sich die Einführung von Politiken und Maßnahmen, wie z.B. ein Erneuerbare-Energien-Gesetz, in den Ländern des Südens. Werden diese bei der Einführung dieser Maßnahmen unterstützt, können auch hierfür Zertifikate gutgeschrieben werden.

Aber auch aus diesen Optionen ergeben sich viele neue Fragen bspw. hinsichtlich der Finanzierung und der Einbindung der lokalen Akteure.

2.1.3. Podiumsdiskussion Teil I

Moderation (Eva Diehl und Christiane Hornikel)

Herr Seidel, wie reagieren Sie auf die Kritik am CDM?

Dr. Wolfgang Seidel (Emissionshandelsstelle)

Grundsätzlich stimme ich mit Herrn Santarius hinsichtlich vieler Kritikpunkte überein. Dennoch bin ich der Meinung, dass es sich beim CDM um ein funktionierendes Instrument handelt. Es ist zwar ein Mechanismus mit dem Geld verdient wird, aber das ist auch der Sinn und Zweck eines marktwirtschaftlichen Instruments. Immerhin hat der CDM dadurch den Anreiz für erhebliche Investitionen in den SL geschaffen. Natürlich sollten auch andere Instrumente in Anbetracht der ungeheuren Herausforderungen, die zu bewältigen sind, nicht aus dem Blick verloren werden. Noch stellt der CDM ein globales Nullsummenspiel dar, wodurch er nur einen begrenzten Beitrag zum Klimaschutz liefert. Daher muss er weiterentwickelt werden. Als eine mögliche Modifikation ist neben den bereits von Herrn Santarius angesprochenen Varianten das *Discounting* zu nennen. Dabei wird bei einer vermiedenen Tonne CO₂ nicht mehr mit dem Zertifikat über die ganze Tonne CO₂ gehandelt, sondern vorher ein entsprechender Abschlag gebildet und nur noch mit diesem Abschlag gehandelt.

Letztlich sehe ich eine Zukunft für einen weiterentwickelten CDM, der sich teilweise vom projektbasierten Ansatz löst, der in China und Indien nur noch als sektoraler CDM Anwendung findet und der wirkliche Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung beisteuert. Wichtig ist auch, dass das Instrument verstärkt in den LDCs Anwendung findet. Mit diesen Maßgaben kann der CDM einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz Post-2012 leisten.

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

Ich habe da noch ein Beispiel von den Philippinen. Dort wurde vor kurzem, nach 20 Jahren Diskussion, der *Renewable Energy Act* beschlossen, ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien. Das größte Hindernis für die Verabschiedung war der CDM, da die Befürchtung bestand, dass nach Ratifizierung des Gesetzes viele Maßnahmen nicht mehr als zusätzlich gelten würden, da sie per Gesetz vorgesehen sind. Die reale Welt ist etwas komplizierter als von den Architekten des CDM antizipiert. Daher sollte über die schwierige Grundkonstruktion des CDM, die Aktive bestraft, nachgedacht werden.

2.2. REDD – Die Einbeziehung des Waldschutzes in den internationalen Klimaschutz

2.2.1. Inhaltliche Einführung

Christian Rupschus

Der Klimawandel wird v.a. durch die Verbrennung fossiler Energieträger verursacht. Aber auch die Degradierung und die Abholzung von Wäldern tragen zu etwa 20% der globalen Treibhausgasemissionen bei. Zurzeit sind die Kohlenstoffbestände in Wäldern noch höher

als die in der Atmosphäre. Aber die Zeit wird knapp, denn jährlich kommt es zu einem Verlust von 13 Mio. ha Wald in EL. Selbst wenn Aufforstungsmaßnahmen oder die Anpflanzung von Plantagen angerechnet werden gibt es einen Waldverlust von sieben Mio. ha pro Jahr.

Wälder erfüllen wichtige Funktionen. Sie sind Lieferant von Brennstoff und Nahrung für viele indigene und lokale Gemeinschaften. Des Weiteren sind sie Habitate für wichtige Tier- und Pflanzenarten, tragen also zum Erhalt der Biodiversität bei. Sie schützen Böden vor Erosion und sind nicht zuletzt wesentlicher Speicher im Kohlenstoffkreislauf.

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen erkennt die Bedeutung der Kohlenstoffspeicher an. Dennoch wurde die Vermeidung von entwaldungsbedingten Emissionen aus den Klimaverhandlungen lange Zeit herausgehalten. Vor allem aufgrund der Tatsache, dass die Instrumente des Klimaschutzes im Kyoto-Protokoll sich an den Verpflichtungen der IL orientieren, ihre eigenen Treibhausgasemissionen zu verringern. Aus dieser Perspektive kann die Einbeziehung der Tropenwälder in den Emissionshandel die Schaffung eines Schlupfloches bedeuten: die IL würden es vorziehen ihre Mittel in den kostengünstigeren Waldschutz zu investieren anstatt in die Umstrukturierung des Energie- und Industriesektors. Das Risiko entstünde, dass netto weniger Treibhausgasemissionen reduziert würden als vereinbart.

Für die Zeit nach 2012, wenn das Kyoto-Regime ausläuft, wurde vereinbart einen Mechanismus zu schaffen, der Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern verringern soll. Die Vertragsstaatenkonferenz in Bali hat einen Rahmen für das REDD-Ziel festgelegt. REDD steht für *Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*, also für die Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung. Alle Regeln und Bedingungen sind jedoch offen. Diese sollen bis zur 15. Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 aufgestellt werden.

Im Anschluss an die Konferenz in Bali brachten die verschiedenen Vertragsstaaten sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen ihre Sichtweisen und Vorschläge über die Einbeziehung der Wälder in ein neues Klimaregime vor. Dabei wurden deutliche Unterschiede sichtbar. Es gibt im Wesentlichen zwei Ansätze.

Der erste Ansatz beruht auf der Idee tatsächliche Erfolge bei der Verringerung der Entwaldungsrate aus einem Fonds finanziell zu belohnen. Der Fonds würde durch freiwillige Einzahlungen der IL finanziert, die dafür einen geringen Teil ihrer Emissionsreduktionsverpflichtungen gutgeschrieben bekämen.

Ein zweiter Ansatz tritt für den Emissionshandel als Finanzierungsquelle zur Vermeidung der Waldzerstörung ein. Das REDD-System soll also auf dem CDM oder anderen Marktmechanismen aufbauen.

Aufgrund des hohen Anteils von etwa 20% der globalen Treibhausgasemissionen kann es nicht darum gehen, Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern gegen waldbezogene Maßnahmen auszuspielen. Vielmehr müssen Mechanismen geschaffen werden, die sicherstellen, dass beide Quellen gleichzeitig angegangen werden. Denn Entwaldung in den Tropen bedeutet, dass in kurzer Zeit große Kohlenstoffmengen freigesetzt werden, Wiederaufforstungsmaßnahmen erfordern jedoch lange Zeiträume, um dieselbe Kohlenstoffmenge in Biomasse zu binden. Emissionsvermeidung ist in jedem Fall besser.

Die zentrale Frage, die im Vorfeld zu einem Post-Kyoto-Regime gestellt wird lautet also: soll ein globaler Fonds aufgelegt werden, der nachgewiesene geringe Entwaldung belohnt, und/oder soll die Finanzierung der REDD-Maßnahmen mit dem CDM oder anderen Formen des Kohlenstoffmarktes verbunden werden?

2.2.2. Input der Podiumsgäste

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

Der Schutz der Wälder ist im Rio-Prozess, d.h. im internationalen Verhandlungsprozess über nachhaltige Entwicklung, der größte Fehlschlag überhaupt. Seiher ging beim internationalen Waldschutz nur die Abholzung voran. So wurde der Stern-Report aus dem Jahr 2006 mit seiner Einschätzung, dass jährlich 5 Mrd. notwendig sind, um 70% der Emissionen aus Entwaldung zu vermeiden, mit großen Interesse gelesen. Jedoch reicht diese jährliche Zahlung allein nicht aus, denn die Ursachen für Entwaldung sind sehr vielschichtig. Was tut man bspw., wenn der CO₂-Preis niedriger ist als der von Soja, Palmöl oder Rindfleisch? Ist mit Holz mehr Geld zu verdienen als mit anderen Produkten, stellt dies eine große Motivation dar, den Wald abzuholzen. Auch die steigende Konsumquote in den SL bei gleich bleibend hohem Konsum in den IL stellt ein Problem dar, was nicht mit einer Klimakonvention zu lösen ist. Klar ist aber auch, dass wir die Wälder ohne einen wirksamen Klimaschutz nicht retten können. Bei einer Erwärmung um 3-4°C trocknet der Regenwald einfach aus.

Wir brauchen also Klimaschutz für den Schutz der Wälder und umgekehrt - 20% der Emissionen kommen aus Entwaldung - brauchen wir den Waldschutz zum Klimaschutz. Dabei sollten Wälder nicht, wie bisher, auf ihre Rolle als Kohlenstoffspeicher reduziert, sondern auch die Biodiversität der Wälder thematisiert werden. Genau darin besteht, unserer Meinung nach, die große Gefahr der Klimaverhandlungen. Letztlich würden so Mechanismen erarbeitet, die weder die Wälder per se schützen noch in ihrer Funktion als Ökosystem und Reserve biologischer Vielfalt.

Hauptproblem ist sicher, dass in der Klimakonvention bisher nicht zwischen natürlichen bzw. naturnahen Wäldern und Plantagen unterschieden wird. Holz ist Holz. Und da ist Kohlenstoff drin. Das reicht für den Klimaverhandler in der Regel schon aus. Die Realität ist etwas komplizierter, weil bei der Anlage von Plantagen in der Regel gar kein Kohlenstoffreduktionseffekt eintritt. Insbesondere dann, wenn diese auf Flächen entstehen, wo vorher naturnaher Wald stand. Aus diesem Grund sind wir auch dagegen – und das ist die Meinung aller deutschen Entwicklungsorganisationen – Reduktionsleistungen aus dem REDD oder Waldbereich mit den Emissionshandelssystemen für die Verbrennung fossiler Brennstoffe zu koppeln. Wir müssen hier also ganz klar trennen: Wir brauchen aus unserer Sicht Verpflichtungen für die Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe einerseits. Und wir brauchen zusätzlich Verpflichtungen für den Schutz der Wälder bzw. Verpflichtungen für die Reduktion der Emissionen aus Waldzerstörung und Degradierung.

Zur REDD-Strategie: Die Intention ist, dass es ökonomisch attraktiver sein soll, Wälder zu erhalten als sie zu zerstören. Daher ist es sicherlich notwendig die REDD-Strategien länderspezifisch zu handhaben. Um Verlagerungseffekte in der Abholzung auszuschließen und einen positiven Nettoeffekt zu erreichen, ist es weiter sinnvoll nationale Strategien zu entwerfen. Aus diesen Gründen sind wir auch der Meinung, dass Mittelvergaben aus REDD erst stattfinden dürfen, wenn es zumindest erste Erfolge gibt. Dort lebende Indigene und andere

Betroffene müssen beteiligt werden. Wir sind außerdem der Meinung, dass Wiederaufforstungsmaßnahmen nicht berücksichtigt werden sollen. Und schlussendlich sind wir auch der Meinung, dass man die REDD-Mechanismen erstmal flexibel anlegen und im Lauf der Zeit weiterentwickeln müsste, da letztlich viel zu viele Unsicherheitsfaktoren am Werk sind. Aus unserer Perspektive als Non-Governmental Organisation (NGO) werden wir die nächsten Jahre weiter genau am Ball bleiben.

Tobias Riedl (Greenpeace): Die spezifische Position von Greenpeace zum Waldschutz

Oft stellt sich die Frage, welcher Ansatz sich besser zum Schutz der Wälder eignet – der fonds-basierte oder eher ein marktbasierter Ansatz. Für einen markt-basierten Ansatz steht ganz klar die Möglichkeit, mehr Geld zu generieren. Jedoch betrachtet der rein markt-basierte Ansatz Wälder nur als Kohlenstoffspeicher, wobei andere Themen, wie Biodiversität und die indigene Bevölkerung, nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Bei der rein fonds-basierten Lösung besteht hingegen das Problem, dass nicht genug Geld angesammelt wird. Dafür sind Fonds viel flexibler, wodurch auch die Biodiversität und Indigene bei der Ausgestaltung berücksichtigt werden können. Der Grundgedanke für eine Weiterentwicklung dieser beiden Ansätze war die Vereinbarkeit der Vorteile beider Modelle. Darum haben wir bei Greenpeace ein Hybridmodell (*Forest for Climate*) entwickelt.

2.2.3. Podiumsdiskussion Teil II

Moderation

Wie schätzen Sie diesen Hybridansatz von Greenpeace ein? Ist er durchführbar und sinnvoll?

Tilman Santarius (Wuppertal Institut)

Ob er durchführbar ist, wäre noch mal eine ganz andere Frage. Sinnvoll finde ich ganz vieles daran. Aber ich denke die Argumente für einen Fonds gegenüber einer direkten Einbindung in den Kohlenstoffmarkt sind relativ evident. Das heißt, was die Ausgabenseite betrifft, sollte man durchaus die Fondsebene einbeziehen. Auf der Einnahmenseite erscheint mir die Knüpfung der Einnahmen an den Kohlenstoffmarkt nicht ganz logisch. Gerade da es sich auch hier um Größenordnungen um die 20-30 Mrd. handelt, kann es Sinn machen, mehrere Finanzierungsquellen zu nutzen und sich nicht rein auf den Kohlenstoffmarkt zu gründen. Auch die Abkopplung von einer schwankenden Einnahmenquelle wie den Zertifikatspreisen sollte überdacht werden.

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle)

Ich würde mich Herrn Santarius gern anschließen. Das ist auch die deutsche Verhandlungsposition in Kopenhagen, die in der EU jedoch noch umstritten ist. Ich denke die methodischen Schwierigkeiten bei einer Einbindung in den Markt sind so groß, dass ich die Fondslösung bevorzuge. Diese sollte gespeist werden aus bspw. Auktionierungserlösen. Wir haben ab 2012 fast eine Vollauktionierung für die Energiewirtschaft in der EU und da könnte man z.B. auch Mittel hernehmen.

Moderation

Auf welcher Ebene sollten die diskutierten Mechanismen ansetzen? Wie kann das geregelt werden? Welche Ebene ist die wichtigste und wer profitiert dann letztlich von diesen Zahlungen, die für Nichtentwaldung aus den Fonds oder anderen Mechanismen ausgeteilt werden?

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

Das ist genau eines der Probleme. Beim REDD-Mechanismus werden die belohnt, die bisher viel abgeholzt haben. Ein Land wie Costa Rica, was bisher eine relativ gut funktionierende Waldschutzpolitik hatte, wird dadurch nicht bestärkt. Da es dort keine Entwaldung gibt, bekommen sie auch keine Gelder. Die Indonesier hingegen, die gerade am meisten abholzen, können die Hände aufhalten. Das sind natürlich perverse Anreize. Das ist uns auch klar. Wahrscheinlich kommen wir da in eine Situation, in der wir ein paar unangenehme Kompromisse machen müssen.

Noch mal direkt zu Ihrer Frage zurück. In der Tat sehen wir wenig Sinn darin, nur ein paar Projekte hier und da durchzuführen. So kann der Mechanismus nicht wirklich funktionieren, weil es dann nur – je nach ökonomischer Attraktivität - zu räumlichen Verlagerungen der Abholzung kommt. An dieser Stelle brauchen wir Gesetze auf Landesebene, die letztlich zu einer funktionierenden Strategie führen, mehr Wald stehen zu lassen. Wie diese Gesetze aussehen, ist eine ganz andere Frage, die sicherlich von Land zu Land verschieden aussieht. Meiner persönlichen Meinung nach sind mit dieser Aufgabe wahrscheinlich auch UN-Fonds überlastet.

Neben den markt- und fondsbasierten Lösungen sollten auch bilaterale Möglichkeiten eröffnet werden. So könnte z.B. Deutschland mit der Regierung von Peru über eine nationale Waldschutzstrategie verhandeln. Bezahlt wird diese von deutscher Seite, z.B. dem BMZ. Letztlich wird die Emissionsreduktion quantifiziert und auf die Klimaverpflichtungen Deutschlands angerechnet. Auf solch einen bilateralen Ansatz hätten wir auch als NGOs einen besseren Blick/Zugriff. Auch könnten Beteiligte besser zur Verantwortung gezogen und NGOs im Partnerland beteiligt werden. Aller Voraussicht nach würden die Projektgenehmigungen zudem schneller gehen.

Tilman Santarius (Wuppertal Institut)

Wir haben ja bereits diskutiert, dass die konkrete Involvierung der Akteure, die Projekte durchführen, einen der Hauptvorteile vom CDM und vom Kohlenstoffmarkt darstellt. Auch ist es sicherlich richtig, was Jürgen Maier sagt, dass es wenig hilft, wenn man hier ein wenig schützt und 200 Meter weiter wird der Wald abgeholzt. Nichtsdestotrotz finde ich die Idee, dass der Mechanismus auch ein *Bottom-up*-Element beinhaltet, und es sich nicht nur um einen Fonds handelt, der zwischen den Regierungen ausgehandelt wird, elementar wichtig. Daher sollten in den Fonds nicht nur paritätisch Vertreter aus EL und IL vertreten sein, sondern sogar die Mehrheit aus den EL stammen. Auch müssen die lokale Bevölkerung, NGOs und vielleicht auch Unternehmen in die Governance-Struktur eingebunden werden.

Darüber hinaus könnte ich mir vorstellen, dass die Korruption die Funktionsweise des REDD-Mechanismus unterwandert. Insofern wäre ein toller Fonds mit vielen Geldern noch keine Erfolgsgarantie, solange die konkrete Umsetzung nicht feststeht. Und das bringt mich zum 3. Punkt: sicherlich sind nationale Ziele von EL für Waldschutz sinnvoll. Aber Waldschutz muss

über die Zielfestsetzung hinausgehen und ein konkretes Maßnahmenpaket beinhalten. So sollten mindestens die SL umfassende Pläne vorlegen müssen, welche Maßnahmen sie einführen wollen. Diese werden dann von einem *Review*-Mechanismus überprüft, bevor die Gelder fließen.

Moderation

Wie wird die REDD-Diskussion in die derzeitigen Klimaverhandlungen einbezogen? Was zeichnet sich dort ab? Können Sie da schon eine Richtung ausmachen?

Tobias Riedl (Greenpeace)

Das Problem ist, dass die Verhandlungen im Moment doch relativ stockend sind. Wir werden die erste Verhandlungsrunde in Bonn abwarten müssen.

Auf Initiative der brasilianischen Regierung gibt es einen Amazonas-Fonds, in den Norwegen Geld speist. Auch Deutschland hat 18 Mio. Euro eingezahlt. Wir würden uns für die Verhandlungen wünschen, dass Deutschland zusammen mit Norwegen und Brasilien eine Allianz bildet, um zu zeigen, wie eine fondsbasierte Lösung aussehen könnte. Und so letztlich die Verhandlungen beeinflusst.

Moderation

Wie könnte der CDM, so er denn fortgeführt wird, nach 2012 aussehen?

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle)

Zunächst einmal hat die EU ein ganz klares Signal gegeben, im Zuge der überarbeiteten Regelungen zum Emissionshandel die Nutzung von Zertifikaten aus CDM-Projekten im europäischen Zertifikatshandel bis 2020 nur noch sehr restriktiv zuzulassen. Das ist die Rahmenbedingung, mit der man auch in die Verhandlungen geht. Und in den Verhandlungen ist die klare Position der EU, dass es einen Korridor für Minderungen in den Entwicklungs- und SL gibt. Die Zahlen schwanken zwischen 15 und 30% Minderung gegenüber dem Status quo. Aber das ist im Einzelnen schwierig und kompliziert. Ein weiterer Standpunkt der EU ist, dass die bisher wichtigsten CDM-Länder, wie China und Indien, zukünftig in diesem Mechanismus nicht mehr einbezogen sind. Weiter ist vorstellbar, dass nur noch bestimmte Sektoren zugelassen werden. Die großen Bereiche – erneuerbare Energien und Energieeffizienz – sollen ausgenommen werden.

Was kommt stattdessen? Ein Ansatz ist der bereits angesprochene sektorale CDM, bei dem ein sektorales Minderungsziel für bspw. den Stahl- oder Zementbereich festgelegt wird. Es gibt letztlich viele Optionen und damit handelt es sich um einen schwierigen Prozess. Im Moment ist es ja auch alles andere als gesichert, dass wir in Kopenhagen wirklich ein Post-Kyoto-Abkommen erreichen. Eine Verhandlungsposition der EL in Bezug auf den CDM ist sicherlich, den Status Quo zu verteidigen. Daher vermute ich, dass man sich bei den Verhandlungen aufeinander zubewegen oder andere Mechanismen finden muss, um entsprechende Finanzierungen in EL und SL durchzuführen.

Ein weiterer Verhandlungsstandpunkt der EU ist die stärkere Einbeziehung *der* LDCs, sprich vor allem der afrikanischen Staaten. Problematisch ist, dass dort oftmals noch die Rahmenbedingungen für einen CDM fehlen. Beispiele reichen von fehlenden Governance-Strukturen

über Korruption bis hin zu fehlendem Minderungspotential. Ein Ansatz dort wäre die inhaltliche Weiterentwicklung des CDM zu einem programmatischen CDM. Ein Beispiel ist das Vorhaben eines großen deutschen Energieunternehmens und Osram in Indien, bei dem in mehreren Bundesstaaten Energiesparlampen zu reduzierten Preisen verkauft und gegen bestehende Glühlampen ausgetauscht werden. Diese Projekte brauchen aufgrund ihrer hohen Transaktionskosten im Prinzip eine zusätzliche Finanzierung.

Letztlich hoffe ich, dass wir den CDM weniger in den großen EL und SL sehen und auch weniger in den lukrativen Projekten im Bereich der Industriegase. Dafür verlagert er sich hoffentlich mehr in den programmatischen Bereich, der dann hoffentlich auch der lokalen Bevölkerung stärker zu Gute kommt.

Moderation

Welche anderen Finanzierungsmöglichkeiten abseits des CDM gibt es?

Tilman Santarius (Wuppertal Institut)

Es geht nicht nur um eine Finanzierung von Projekten, Sektoren oder sogar Programmen, sondern es geht in den jetzigen Verhandlungen um das, was „Bali-Balance“ genannt wird. Diese beinhaltet, dass die IL nicht mehr vorangehen und die EL über Fonds und den CDM eingebunden werden, sondern dass mindestens die SL, aber auch die EL einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Das heißt auch sie müssen nationale Verpflichtungen eingehen. Vielleicht keine nationalen Gesamtreduktionsziele, aber auf jeden Fall Verpflichtungen, drastische Maßnahmen durchzuführen. Vor dem Hintergrund der Bali-Balance müssen diese Maßnahmen aber vom Norden kofinanziert werden. Das bestimmt gerade weiten teils die Agenda. Und die CDM-Reform kann nur teilweise dazu beitragen. Ich denke, der CDM wird seine Legitimität trotzdem behalten.

An möglichen Diskussionen gibt es zum einen die Überlegung – ein Vorschlag Norwegens –, dass die IL einen Teil ihrer Emissionszertifikate versteigern müssen. Ersteigert werden sie entweder von den Ländern oder direkt von den Unternehmen. Dadurch würde viel Geld generiert werden.

Ein anderer Vorschlag der Schweiz ist, eine globale Steuer einzuführen. Das finde ich persönlich nicht so gut, wäre aber sicherlich eine verlässlichere Einnahmequelle als eine Versteigerung. Eine weitere Einnahmequelle wäre, wenn man den IL auferlegt, dass sie im Verhältnis zu ihren Reduktionsverpflichtungen auch Gelder bereitstellen müssen. Das heißt ein Land, welches viel reduzieren muss, muss auch einen höheren Anteil an Geldern aufbringen.

Es gibt noch weitere Diskussionen, wobei die eben genannten am wesentlichsten sind. Ich persönlich halte gerade die Versteigerung von nationalen Zertifikaten für einen sehr brillanten Vorschlag und ich setze eine gewisse Hoffnung darein, dass er sich in Kopenhagen durchsetzt.

Moderation

Wie sieht aus Sicht einer NGO ein Post-2012 Klimaregime aus? Was sind dabei die wichtigsten Punkte?

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

Natürlich hätten wir es gern so ambitioniert wie möglich. Ich halte es jedoch für den größten Fehler, den wir machen können, wenn wir jetzt nur noch nach Kopenhagen starren, in der Hoffnung dort würde jetzt im Konsens die Welt verändert. Die Klimaverhandlungen finden ja nicht nur in Kopenhagen statt, sondern auch im Kleinen in vielen anderen Städten. Die Summe aller Klimaverhandlungen wird dann maßgeblich darüber entscheiden, was in Kopenhagen herauskommt. Wenn es schon zu Hause nicht funktioniert, warum sollte es dann in Kopenhagen ambitionierter sein? Im Vorfeld gibt es also viel zu tun.

Was das Abkommen selber angeht, brauchen wir einen konsistenten Rahmen, der dazu führt, dass wir nicht nur Ziele beschreiben, sondern auch, wie diese Ziele umzusetzen sind. So muss ein Wettlauf um die Energiewende herbeigeführt werden. Wer als erster etwas tut, wird dafür dann auch durch ökonomische Vorteile in Form von Marktanteilen von erneuerbaren Energien belohnt. Bis jetzt gelten Verpflichtungen in den Klimaverhandlungen immer als furchtbare Dinge. Mit dieser Mentalität kommt man nicht so richtig voran. Wir brauchen also Anreize, damit es sich lohnt, etwas zu unternehmen.

Was die Ziele angeht: 25-40% Reduktion für die IL gegenüber 1990 ist wissenschaftlich vorgegeben, wenn wir das 2°C-Ziel erreichen wollen. Dementsprechend sollten wir diese auch abschließen und zwar ohne große Schlupflöcher. Ich habe jedoch meine größten Zweifel, ob das wirklich erreicht wird. Insbesondere die außereuropäischen IL sind ein großes Problem. Auch Herr Obama ist, selbst wenn er persönlich vielleicht guten Willens ist, davon abhängig, dass er sein Abkommen durch den Senat bekommt.

Die richtige Mischung ist demnach entscheidend: Ein Abkommen, das ambitioniert genug ist, aber auch politisch soweit realistisch, dass es letztlich auch in Kraft treten kann. Da haben wir noch viel zu tun.

2.3. Publikumsdiskussion

Publikum

Herr Seidel, Sie hatten vorhin zweimal erwähnt, dass der CDM funktioniert, obwohl der CDM bisher zu keiner Emissionsreduktion beiträgt. Herr Santarius hat in den Raum gestellt, dass 40% der Projekte nicht zusätzlich sind. Das würde ja sogar bedeuten, dass letztlich mehr CO₂ emittiert wird. Was verstehen sie nun unter "es funktioniert"?

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle)

Also, wenn das so ist, wie Sie es beschreiben, dann funktioniert das Instrument nicht. Ich zweifle jedoch an den genannten 40%. Das Problem ist, dass es sich dabei um eine These handelt, die ich nicht falsifizieren kann. Genauso wenig können jene, die diese Zahl in den Raum stellen, sie verifizieren. Das ist ein Grunddilemma.

Wenn Sie sich aber die Gesamtreduktionen ansehen, die der CDM global ausgelöst hat, dann gibt es da zwar sicherlich Projekte, die nicht zusätzlich sind. Aber wenn ich mir die Gesamtinvestition ansehe, die der CDM ausgelöst hat, dann ist es aus meiner Sicht einfach abwegig zu sagen, das alles hätte auch ohne den CDM stattgefunden. Das glaube ich nicht.

Mit dieser Vorrede leistet der CDM dahingehend einen Beitrag zum Klimaschutz als er einmal, und das ist ein ganz wichtiger Aspekt, für einen Technologietransfer sorgt, wenn auch mit Defiziten. Er leistet einen ganz wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger in den EL für das Thema Klimaschutz und Energieeffizienz. Es gibt also die *Spillover*-Effekte auch in gesellschaftlicher Hinsicht. Und dann ist da ein dritter Punkt: Wir müssen ja langfristig denken. Wir müssen uns ein bisschen aus dieser Logik 2012 und dann 2020 lösen. Auch wenn ein CDM-Projekt nach 3x7 Jahren abgeschlossen ist, dann ist es langfristig noch da und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Und all diese Effekte – Technologietransfer, *Spillover*-Effekte, Sensibilisierung der Öffentlichkeit –, aus denen dann sozusagen Folgeprojekte resultieren, die möglicherweise nicht im CDM stattfinden, hat aus meiner Sicht noch niemand falsifiziert. Daher denke ich, dass der CDM insgesamt betrachtet einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Und wenn Sie den CDM an dieser Stelle weiterentwickeln, z.B. durch *Discounting*, dann hätten sie auch die Möglichkeit, einen verstärkten Klimaschutz einzuführen. Ein weiterer Weg, der aber kaum gegangen wird, ist natürlich, die Zertifikate stillzulegen. Man muss sie ja nicht nutzen. Im Moment spielt das aber noch keine besonders große Rolle.

Publikum

Über Verpflichtungen zu sprechen, ist eine feine Sache. Aber handelt es sich dabei nicht um einen zahnlosen Tiger? Denn letztlich gibt es doch keine Reaktionsmöglichkeiten, wenn die Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Wie könnten Sanktionsmechanismen aussehen? Und wird darüber auch in irgendeiner Weise im öffentlichen oder staatlichen Bereich gesprochen?

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

Das ist eine Debatte, die schon in Kyoto geführt wurde. Bis heute ist keine richtige Lösung dafür gefunden worden. Man hat damals ins Protokoll geschrieben, die Reduktionen, die man in der ersten Verpflichtungsperiode nicht geschafft hat, werden bei der zweiten abgezogen. Das ist aber auch ein Witz, denn dann verhandle ich so, dass ich bei der zweiten nicht mehr so viel tun muss. Letzten Endes landen Sie bei souveränen Staaten immer bei der Situation, dass Sie letztlich gar keine Zwangsmaßnahmen verhängen können. Es gibt nur wenige Verträge, bei denen es anders ist. Ein Beispiel wäre die WTO, da gibt es z.B. die Möglichkeit, Strafzölle zu verhängen. Ich rechne nicht damit, dass wir bei den Klimaverhandlungen derartig eingreifende Maßnahmen bekommen können. Die Strafmaßnahmen könnten nur sein, dass derjenige, der unbedingt die Energiewende verpassen will, dafür blechen muss. Dann soll er halt in Zukunft weiterhin Öl oder Kohle importieren. Man muss da gesellschaftlichen Druck machen. Die Hoffnung auf so eine Art Weltstrafgericht, das den Klimasünder aburteilt, ist insbesondere unrealistisch, weil im Grunde die Mehrheit aus Sündern besteht. In praktischer Politik sind Strafen daher ziemlich unsinnig. Insofern muss ich Sie da enttäuschen.

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle)

Ich würde gern noch einen Gedanken hinzufügen. Im Moment sind zwar einige EU-Mitgliedstaaten alles andere als auf dem Zielerreichungspfad. Aber abgerechnet wird 2012. Ich gehe schon davon aus, dass die EU die Kyoto-Verpflichtungen einhalten wird. Einige EU-Länder sind daher auf Einkaufstour, was die CDM-Zertifikate anbelangt.

Publikum

Wir hatten im letzten Jahr am SLE ein sehr interessantes Auslandsprojekt zum Thema „Payments for Ecosystem Services“. Schon damals kam es mir seltsam vor, dass Gruppen, die den Wald abholzen oder Wasser verschmutzen, entschädigt werden sollen und Indigene, die dort leben, gar nichts bekommen. Ich frage mich, ob es da nicht schlüssigere Konzepte gibt? Eigentlich müssten doch die belohnt werden, die es schon vorbildhaft machen?! Es wurde Costa Rica erwähnt. Ich kann mich an Bhutan erinnern, das vorbildlich seine Wälder im Himalaja erhalten hat.

Tobias Riedl (Greenpeace)

Das ist eine sehr wichtige und gleichzeitig auch schwierige Frage. Wie können möglichst viele Tropenländer von diesem Geld profitieren und nicht nur die Länder, die bisher die Wälder abgeholzt haben. Ich kenne noch keinen Mechanismus, der das wirklich alles abdeckt.

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

REDD ist nicht das einzige, was wir haben. Es gibt noch die Biodiversitätskonvention. Bei der Vertragsstaatenkonferenz letztes Jahr in Bonn hat die Bundesregierung zudem angekündigt, dass es für die *Life-Web-Initiative* bis 2012 500 Mio. Euro und ab 2013 jährlich 500 Mio. Euro aus Emissionszertifikatserlösen gibt. Dieses Geld ist für Länder, die schon heute den Wald schützen und niedrige Entwaldungsraten vorweisen. REDD ist per definitionem für Problemländer gedacht, die einen Haufen abholzen. Klar schafft das ein Problem der perversen Anreize, aber fällt irgendjemandem eine bessere Lösung ein, wie man Indonesien stoppen kann, seine Wälder abzuholzen? Ich habe keine.

Publikum

Wie kann man überhaupt die Komplexität des ganzen Themas bewältigen? Die Grundspannung sehe ich zwischen den beiden Möglichkeiten, Dinge über *Control and Order* und Politikprozesse auf nationaler Ebene zu regeln oder über eben solche marktbasierteren Lösungen. Wie kann ein Land da noch eine nationale Entwicklungsstrategie formulieren?

Und bedarf es zur Bewältigung des Klimawandels nicht möglichst vieler diversifizierter Instrumente, die länderbezogen oder ländergruppenbezogen sind?

Dr. Wolfgang Seidel (Deutsche Emissionshandelsstelle)

Es gibt auch im bestehenden CDM schon eine Regelung, die solche perversen Wirkungen verhindern soll. Und zwar gibt es da ein Moratorium, ich glaube bis zum Jahr 2000. Alle nationalen Förderprogramme und -maßnahmen, die nach 2000 eingeführt wurden, führen nicht dazu, dass der CDM gesperrt wird. Insofern hat der CDM das Problem schon im Blick gehabt. Man muss aber einfach sagen, dass die meisten EL und SL an dieser Stelle noch gar keine Politiken verfolgen. Für viele steht das noch nicht so im Vordergrund.

Ich stimme Ihnen zu, dass es einer Instrumentenvielfalt bedarf, um die ungeheuren Herausforderungen zu bewältigen.

Wir müssen als Europäer auch zur Kenntnis nehmen, dass die Grundfragen, die sich stellen, immer wieder Fragen der globalen Gerechtigkeit sind. China und Indien sagen bisher ganz

klar, dass es nicht sie sind, die für das Klimaproblem verantwortlich sind, sondern die klassischen IL.

Tilman Santarius (Wuppertal Institut)

Noch mal zu der Frage, brauchen wir eine Diversifizierung der Maßnahmen? Einerseits kann das die Lehre von Kyoto sein. Denn Kyoto hat im Grunde nur die Fristen, Reduktionsziele, ein paar Fonds und die 3 Mechanismen – Emissionshandel, JI und CDM – ins Leben gerufen. Aber eben nicht mehr. Und es gab damals schon Kritiker, die gesagt haben, wir hätten viel mehr Maßnahmen gebraucht, um das umzusetzen. Es gibt heute viele, die sagen, wenn man den Ländern, die ihre Kyoto-Verpflichtungen nicht erreicht haben, mehr Instrumente an die Hand gegeben hätte, dann hätten sie es vielleicht geschafft. Das finde ich einerseits richtig, will aber auch noch mal davor warnen, dass man das Ganze zu überkomplex gestaltet. So sehen wir, dass wir es schon jetzt nicht mehr schaffen werden, bis 2009 ein fertiges Abkommen zu fabrizieren, was von den Ländern ratifiziert werden kann. Wir können hoffen, dass es in Kopenhagen einen Deal gibt. Aber dass die Ausgestaltung für einen erfolgreichen Abschluss reicht, halte ich für sehr fragwürdig. So entsteht nach 2012 eine Lücke. Man will das Klimaregime aber eigentlich auch so flexibel halten, dass man auch nach 2012 noch verhandeln kann. Außerdem muss man aufpassen, dass nicht zu viele *Top-down*-Instrumente installiert werden. Wo bleibt die Souveränität der Länder, der Kommunen? Wir wissen nicht überall die Lösungen. Ich würde mir einen Wettbewerb der Institutionen wünschen, insbesondere unter Mitwirkung der lokalen Akteure. Die Staaten und Akteure sollten auf nationaler Ebene die Pläne selber aufstellen und diese dann auf internationaler Ebene überprüft werden.

Publikum

Herr Maier, ich habe bisher noch nicht begriffen, wo in diesem marktwirtschaftlichen Ansatz der Akteur herkommen soll, der aus welchen Beweggründen Geld dafür gibt, dass die Wälder nicht abgeholzt werden? Wo bekommt die Regierung das Geld her, wenn nicht über internationale Fonds?

Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung)

Ein internationaler Fonds wird auch von Greenpeace vorgeschlagen. Und auch unser Konzept beinhaltet einen internationalen Fonds. Wo dieser Fonds sein Geld her kriegt, ist die nächste Frage. Man könnte sagen, er bekommt es aus dem Kohlenstoffmarkt. Im Grunde ist die Idee, die Versteigerungserlöse in den Fonds zu schieben. Man kann auch sagen, man koppelt die Einzahlungssummen an den Kohlenstoffmarkt an – das ist das Greenpeace-Modell. Man kann das auch ganz anders handhaben. Letztlich ist das nicht entscheidend. Entscheidend ist die Höhe, zu der ich mich international verpflichte.

Zur Frage, wo der Akteur herkommt, der es bezahlt. Im Klartext ist es der europäische Steuerzahler. Sie zum Beispiel!

Moderation

Wir bedanken uns herzlich bei den Podiumsgästen und bei dem Publikum für die interessante Diskussion und wünschen einen sonnigen Nachmittag!

Glossar

Adaptation bezeichnet die Entwicklung, Umsetzung und Verbreitung von Techniken und Strategien für eine effektive und effiziente Anpassung an das gegenwärtige Klima mit seinen Wetterextremen und seine absehbaren Veränderungen. Es sollen Wege gefunden werden, um negative Auswirkungen abzumildern, Vorsorgemaßnahmen mit ausreichender Flexibilität durchzuführen, gegebenenfalls aber auch potenzielle ökonomische Chancen zu ergreifen.

Der **Clean Development Mechanismus (CDM)** ist einer der vom Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismen. Er soll dabei helfen, die Kosten zum Erreichen der vertraglich festgelegten Reduktionsziele möglichst niedrig zu halten. Ein Land, welches im Anhang B des Kyoto-Protokolls aufgeführt wird, kann bei einem Land, welches dort nicht aufgeführt wird, "certified emission reductions" (CERs) einkaufen. Damit besteht die Möglichkeit, die Treibhausgas-Emissionen dort zu verringern, wo es am günstigsten möglich ist.

Emissionszertifikate sind ein umweltpolitisches Instrument, mit dem das Recht des Inhabers verbrieft wird, in einem festgelegten Zeitraum eine vorgegebene Menge an bestimmten (Umwelt-)Emissionen zu verursachen. Die Gesamtheit der ausgegebenen Emissionszertifikate definiert die Gesamtmenge an Emissionen im gegebenen Zeitraum. Die Emissionsmenge kann durch Emissionszertifikate relativ genau gesteuert werden, insbesondere im Vergleich zu Emissions- bzw. Umweltabgaben oder Emissions- bzw. Umweltstandards. Emissionszertifikate sind handelbar und ermöglichen dadurch eine aus volkswirtschaftlicher Sicht möglichst kostengünstige und effiziente Verminderung der Gesamtemissionsmenge. Seit 2005 findet in der EU ein solcher Handel mit Emissionszertifikaten statt, mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen zu vermindern.

Im **Kyoto-Protokoll** hat sich die internationale Staatengemeinschaft erstmals auf verbindliche Handlungsziele und Umsetzungsinstrumente für den globalen Klimaschutz geeinigt. So verpflichteten sich die Industriestaaten verbindlich, ihre gemeinsamen Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase (u.a. Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW's) im Zeitraum 2008 bis 2012 um 5,2% unter das Niveau von 1990 zu senken. Dabei haben die einzelnen Länder unterschiedliche Emissionsbegrenzungsverpflichtungen akzeptiert. Das Protokoll ist ein Meilenstein in der internationalen Klimapolitik, da es erstmals völkerrechtlich verbindliche Emissionsreduktionsziele festlegt und mit einem klaren Zeitrahmen versieht.

Mit den **Millenniumsentwicklungszielen (MDGs)** hat sich die Weltgemeinschaft erstmals auf die Erreichung überprüfbarer Zielgrößen im Kampf gegen die Armut verpflichtet und eine neue Dynamik in die Entwicklungspolitik gebracht. So wurden aus dem Entwicklungs- und Umweltkapitel der im Jahr 2000 von 189 Staaten verabschiedeten Millenniumserklärung acht international vereinbarte Ziele in einer Liste zusammengestellt und mit konkreten Zielvorgaben und Indikatoren belegt, die *Millennium Development Goals* (MDGs).

Mitigation bezeichnet die Entwicklung neuer Technologien, Verfahren und Strategien, mit denen eine deutliche Emissionsminderung klimarelevanter Gase erreicht werden kann. Dabei sind neben Kohlendioxid auch alle anderen klimarelevanten Gase gemäß der Klassifizierung im Kyoto-Protokoll gemeint.

REDD steht für **Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation** (Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung). Es wurde vereinbart,

einen Mechanismus zu schaffen, der Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern verringern soll. Alle Regeln dafür sind jedoch noch offen.

Kurzbiografien der Referenten

Podiumsgäste am Vormittag:

Lili Fuhr arbeitet in der Abteilung Internationale Zusammenarbeit der Heinrich-Böll Stiftung. Die studierte Geographin ist im Bereich Internationale Umweltpolitik tätig und betreut unter anderem den Blog *Klima der Gerechtigkeit*. Nach ihrem Studium in Tübingen (Universität Tübingen), Straßburg (Universität Luis Pasteur) und Berlin (FU Berlin) war Lili Fuhr 2006 in der Heinrich-Böll Stiftung zunächst im Afrikareferat beschäftigt. Derzeit befasst sie sich im Bereich Internationale Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Aspekten der Klimapolitik.

Sven Harmeling ist seit 2005 Referent und NRW-Fachkoordinator für Klima & Entwicklung bei der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch. Zuvor hat er Geographie, Politik, Jura und Umweltökonomie studiert. Bei Germanwatch arbeitet er vor allem zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungspolitik. Er ist Mitglied der *Adaptation*-Arbeitsgruppe des *Climate Action Network International*, im Arbeitsausschuss der Klima-Allianz und war im Steuerungskreis des VENRO-Projektes zur deutschen EU-Präsidentschaft für Klimawandel zuständig.

Dr. Julia Lehmann ist Juristin und Politologin. Sie hat Internationale Politik an der *London School of Economics* und *School of Oriental and African Studies* studiert, sowie Rechtswissenschaft in Heidelberg und Berlin. Sie hat promoviert über die regionale Wirtschaftsintegration außerhalb Europas und mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin am Lehrstuhl für Staats- und Völkerrecht gearbeitet. Seit Anfang 2005 arbeitet Frau Lehmann im BMZ, wo sie im Grundsatzreferat u.a. für Entwicklungsfinanzierung zuständig ist.

Dr. Ulf Moslener arbeitet in der KfW Entwicklungsbank in den Schwerpunkten Energie- und Klimapolitik. Unter anderem beschäftigt er sich im Rahmen der internationalen Klimapolitik mit der möglichen Ausgestaltung der Klimafinanzarchitektur in einem Klimaabkommen nach 2012. Er war zuvor am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (ZEW) tätig. Neben der wissenschaftlichen Arbeit war er dort eng in die wirtschaftspolitische Beratung insbesondere der Europäischen Kommission, des Bundesumwelt- und des Wirtschaftsministeriums eingebunden.

Er hat zunächst Physik studiert in Bonn, Heidelberg und in den USA und sich anschließend während der Promotion in den Wirtschaftswissenschaften und der Umweltökonomie mit den Grundlagen von dynamischen Umweltproblemen beschäftigt.

Podiumsgäste am Nachmittag:

Jürgen Maier studierte Politikwissenschaften und Anglistik. Er ist Gründungsmitglied der Grünen und übernahm dort von 1980-1991 zahlreiche Funktionen (u.a. Bundesvorstand von 1987-1991). Von 1993-1996 war er Geschäftsführer der Asien-Stiftung in Essen. Seit 1996 ist er Geschäftsführer des NGO-Netzwerks Forum Umwelt und Entwicklung.

Tobias Riedl absolvierte ein Studium der Landschaftsplanung. Im Jahr 2001 wurde er erstmals ehrenamtlich für Greenpeace tätig. Nachdem er ein Jahr im Greenpeace-Aktionsbereich gearbeitet hat, ist er seit einem Jahr im Waldbereich tätig. Dort beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit dem Schutz des Amazonasregenwaldes.

Tilman Santarius hat Sozial- und Wirtschaftswissenschaften studiert. Seit April 2001 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Klimapolitik des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Von 2002 bis 2004 koordinierte er das Projekt „Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?“. Seit 2005 ist er Projektleiter im Berliner Büro des Instituts.

Dr. Wolfgang Seidel ist Jurist und leitet seit 2004 das u.a. für JI und CDM verantwortliche Fachgebiet in der als Fachbereich in das Umweltbundesamt eingegliederten Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt). Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt ist die zuständige nationale Behörde für die administrativen Aufgaben im EU-Emissionshandel und bei den projektbasierten flexiblen Mechanismen CDM (Clean Development Mechanism) und JI (Joint Implementation) des Kyoto-Protokolls. Er studierte Rechtswissenschaften in Würzburg und Edinburgh und war danach zwei Jahre als Assistent an einem umwelt- und europarechtlich ausgerichteten Lehrstuhl tätig. Nach dem Abschluss seines Rechtsreferendariats in Berlin ist Wolfgang Seidel seit 2002 im Umweltbundesamt im Fachgebiet „Rechtswissenschaftliche Umweltfragen“ als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig gewesen, bevor er Ende 2003 in den neu gegründeten Fachbereich E „Deutsche Emissionshandelsstelle“ wechselte.